

forum

Wir streiken!

GEW

Tarifrunde 2019

**equal
pay
day**

**Gleicher Lohn
für gleiche und
gleichwertige
Arbeit!**



Liebe Kolleg*innen,

wir wünschen euch ein Frohes Neues Jahr und hoffen, dass ihr alle erholsame Ferientage mit euren Lieben verbringen konntet!

2019 beginnt direkt mit einem Höhepunkt gewerkschaftlicher Aktivität, da im Januar und Februar (vielleicht sogar bis zum „equal pay day“) die Tarifrunde für die Landesbeschäftigten (TV-L) ansteht. Aus diesem Grund findet ihr in der Rubrik TITEL die entsprechenden Informationen und Anregungen. Unter anderem liefern wir mit dieser Ausgabe ein Beispiel für den Unterricht, mit dem der Schülerschaft die Tarifverhandlungen und Streiks nähergebracht werden können. Wie bereits im letzten „forum“ haben wir aber auch wieder entsprechendes Material für die Beamt*innen im Heft. Schließlich geht die TV-L-Runde alle an, die im Dienst des Landes NRW stehen! Denkt bitte daran, die Unterschriftenliste im Kollegium rumgehen zu lassen, mit der der Schulleitung mitgeteilt wird, wer vom gesetzlich verbrieften Recht Gebrauch macht, streikbedingt ausfallenden Unterricht nicht vertreten zu müssen. Diese Liste findet ihr noch in der Ausgabe 4-2018 des „forum“.

Da es bei der letzten Ausgabe Probleme beim Versand gab und viele erst zu spät z.B. von der Veranstaltung des Kreisverbands Rhein-Berg erfahren haben, freuen wir uns umso mehr, diesmal mit ausreichend zeitlichem Vorlauf eine ganze Reihe von Veranstaltungen – gerade auch im Bergischen – ankündigen zu können.

Kennt ihr das eigentlich auch, dass man aus einer Teamsitzung, einer Lehrerkonferenz oder einem vergleichbaren Arbeitstreffen kommt, und sich fragt, was das denn nun gebracht haben soll? Am 20. Februar wollen wir am Beispiel Lehrerkonferenz aufzeigen, wie mehr Effektivität zu erreichen ist. Der Titel ist vielsagend: „LKS - abnicken oder gestalten?“. Die Veranstaltung findet im Kölner DGB-Haus am Hans-Böckler-Platz statt.

An mangelnder Motivation der Kolleg*innen kann es kaum liegen, wie auch die letzte Personalversammlung der Gesamtschulen im Kölner Regierungsbezirk zeigte, die Ende November 2018 stattfand: „Der Saal war gefüllt wie noch nie. Die Kolleginnen und Kollegen diskutierten engagiert mit den Vertreter*innen der Dienststelle. Besonders die Punkte »Lehrermangel« und »Inklusion« wurden intensiv besprochen.“, so die Zusammenfassung auf den Internetseiten des Gesamtschulpersonalrats. Und: „Die allseitige Meinung: Wir müssen unsere Rechte klar und deutlich wahrnehmen.“

Wer es noch ein wenig umfassender (und vielleicht auch etwas radikaler) möchte, sollte aus „unseren Kämpfen lernen“ und an der gleichnamigen Veranstaltung am vorletzten Februarwochenende in Braunschweig teilnehmen (alle Details ab Seite 4).

Leider wird Angela Bankert, unsere derzeitige Geschäftsführerin, in diesem Jahr in den wohlverdienten Ruhestand gehen, weshalb wir an dieser Stelle besonders auf die Stellenausschreibung auf Seite 26 aufmerksam machen möchten.

Starten wir ins neue Jahr, indem wir uns ein Beispiel an der jungen Generation nehmen. Immer mehr Kinder und Jugendliche beginnen das Heft selbst in die Hand zu nehmen und beispielsweise gegen die Untätigkeit in puncto Klimawandel aufzubegehren (vgl. Rubrik INTERNATIONALES). Oder, um es mit den Worten der Schülerin Greta Thunberg zu sagen: „Euch gehen die Ausreden aus und uns die Zeit!“

Wir sehen uns bei der Mitgliederversammlung (siehe Umschlagseite) und den Streiks! Es grüßt euch eure „forum“-Redaktion

equal pay day

INFOS ZUM THEMA „equal pay day“:

A12-Kolleg*innen arbeiten gegenüber den A13z-Kolleg*innen ab dem 14. November 2018 bis Jahresende für lau! (Berechnung: GEW Bayern)

Frauen arbeiten (gegenüber Männern) in Deutschland vom 1. Januar 2019 bis zum 18. März 2019 für lau!

Angestellte Lehrer*innen in NRW arbeiten (gegenüber Beamt*innen) vom Jahresbeginn bis Mitte März 2019 für lau!

forum 1-2019

In Kürze	04
Kalenderblatt	06
Kontakte	07
TITEL	
Tarifverhandlungen	08
AK Angestellte Lehrkräfte	10
Tarifverhandlungen im Unterricht	16
Equal pay	19
JA13	21
JOBTICKET	24
GEW Intern – Stellenausschreibung	26
INTERNATIONALES	28
INTERNATIONALES/JUNGE GEW	30
RECHT	32
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	34



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering, Guido Schönian (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller, Heiner Brokhhausen

Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 70

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: GEW Stadtverband Köln
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Ausgabe 2/2019
Redaktionsschluss: 29.03.19
Erscheinungstermin: 20.05.19



Lehrerkonferenzen: Abnicken oder Gestalten?

Bei den GEW-Veranstaltungen zum Thema „Change-Management an Schulen“ mit Dr. Matthias Burchardt wurde deutlich, dass insbesondere die Lehrerkonferenzen häufig inhaltlich ausgehöhlt sind und routinemäßig als Abstimmungsmaschinerien laufen. Dabei sind sie das wichtigste innerkollegiale Mitwirkungsforum für die Lehrkräfte und die pädagogischen Mitarbeiter*innen.

Es bestehen jedoch Unsicherheiten, welche Rechte eine Lehrerkonferenz und einzelne Kolleg*innen überhaupt haben, welche sinnvolle Vorbereitung ein Lehrerrat oder auch die GEW-Gruppe an der Schule dazu leisten kann.

Darum bietet der Stadtverband Köln der GEW folgende Veranstaltung an:

Lehrerkonferenzen:

Abnicken oder Gestalten?

am Mittwoch, den 20. Februar 2019, 17:30 Uhr
im DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1

Eine Lehrerkonferenz bietet viele Ansatzpunkte zum Einbringen der Interessen des Kollegiums, die ausgeschöpft werden können. Zum Beispiel diese: Ohne dass der Vorschlag von der Schulleitung kommen muss, kann eine Lehrerkonferenz über „weitere Angelegenheiten“ entscheiden, die „ausschließlich oder überwiegend unmittelbar Lehrkräfte sowie das pädagogische und sozialpädagogische Personal betreffen“. Da keine Instanz vorgesehen ist, die darüber zu befinden hätte, ob eine Angelegenheit „ausschließlich oder überwiegend“ die Lehrkräfte betrifft, entscheidet die Lehrerkonferenz selbst darüber.

Erfahrene Lehrer- und Personalräte erläutern die rechtlichen Grundlagen und geben Tipps.

Anmeldung erforderlich unter: kontakt@gew-koeln.de



Supervisionsangebot

Ob Lehrkraft oder Erzieher*in, ob Berufsanfänger*in oder ‚alter Hase‘ - viele empfinden sich oft als Einzelkämpfer*in und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Kindern oder den Vorgesetzten mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Kolleg*innen häufig allein.

Insbesondere Referendar*innen und Berufsanfänger*innen fühlen sich einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kolleg*innen als „Anfänger*in“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen. Durch die Reflexion des eigenen Handelns erfahren Kolleg*innen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung. Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischen Kindern und hilft bei Problemen im Team. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Der Stadtverband Köln der GEW bietet Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags treffen. Die genauen Termine werden mit den Teilnehmer*innen und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für vier Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln und Lehrer in der Erzieher*innen-Ausbildung).

Melden Sie sich einfach bei uns (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und nutzen Sie das sehr günstige Angebot des Stadtverbands Köln der GEW zur Supervision - verschaffen Sie sich den Über-Blick!

Die bundesweite gewerkschafts- übergreifende Konferenz „Aus unseren Kämpfen lernen“

findet vom 15. -17. Februar 2019 in Braunschweig statt.

Es wird wieder ein umfangreiches Programm mit vielen Workshops angeboten (s. Anlage): www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/BJTJAJ/

GEW-seitig werden die Bundesvorsitzende Marlies Tepe beim Auftaktpodium sprechen, Andreas Keller (HV, Bereich Weiterbildung) einen Input beim Workshop „Prekäre Arbeit an der Hochschule“ und Laura Pooth (Vorsitzende GEW Niedersachsen) beim Workshop „Neue Arbeitszeitoffensive“ geben.

Kampf der Piloten und des Bodenpersonals in der Luftfahrt, Tagesstreiks der IG Metall, Arbeitskämpfe in den Krankenhäusern, Ringen um mehr Stellen und Arbeitszeitverkürzung, Nadelstichaktionen im Weihnachtsgeschäft gegen Amazon: In unseren gewerkschaftlichen Kämpfen entstehen neue Formen der Gegenwehr. Wir wollen sie auf der Konferenz in den Blick nehmen und auswerten. Was können wir aus ihnen lernen? Wie können wir Erfolge verallgemeinern, alte Routinen durchbrechen und unsere Durchsetzungskraft stärken? Wie reagieren wir auf eine Politik, die Beschäftigtenrechte abbaut, Tarifverträge schleift, Gewerkschaften schwächt und rassistische Spaltungen verschärft?

Zusammen mit hunderten Aktiven aus unterschiedlichen Gewerkschaften, mit Wissenschaftler*innen und Menschen aus der Streiksolidarität wollen wir diskutieren, wie wir mit neuen, offensiven Strategien die kommenden Auseinandersetzungen gewinnen können.

Classroom-Management/ Nonverbale Strategien

Lehrer*innenfortbildung mit Uli Kautz aus dem Referent*innenteam von Dr. Bartnitzky. Der Umgang mit schwierigen Klassen ist für uns Lehrerinnen und Lehrer eine tägliche und weiter zunehmende Herausforderung an unseren Schulen, die uns oft genug mit unseren Grenzen konfrontiert. Hier Lösungswege aufzuzeigen, ist das Ziel unserer Fortbildung, zu der Euch die Fachgruppe Realschule herzlich einlädt.

Welche Strategien zur Klassenführung benötigen wir, um erfolgreicher arbeiten zu können?

Die Referentin Uli Kautz ist Schulleiterin an einem Förderzentrum im Kreis Mettmann. Ihr Hauptschwerpunkt ist die Arbeit mit verhaltensauffälligen Kindern, aber auch mit Sprache und Lernen. Im Zuge der Inklusion arbeitet sie eng mit Regelschulen zusammen.

**Donnerstag, 28. März 2019, von 18 Uhr bis 21 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1.**

U-Bahn Linien 3, 4 oder 5 – Haltestelle: Bahnhof West/Hans-Böckler-Platz.

Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 €.

Für GEW-Mitglieder und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich per E-Mail an: kontakt@gew-koeln.de

**TERMINANKÜNDIGUNGEN
KREISVERBAND RHEIN-BERG**

13.02.2019, 15.00 – 18.00 Uhr
GGG Bensberg, Karl-Philipp-Str. 16, 51429 Bergisch Gladbach „Neue Beihilferegeln!“ Was muss ich beachten? Was ist neu? Infoveranstaltung mit vielen Tipps und Hinweisen mit einer Vertreterin der Beihilfestelle des Rheinisch-Bergischen Kreises und Lucas Wegert, Debeka; Moderation: Bernd Kockerols, Mitglied dju bei verdi
GEW Kreisverband Rhein-Berg
Kosten: GEW-Mitglieder/LAA kostenlos / Nicht GEW 5 €
Anmeldung bis 06.02.19 bei angela.bloemer@gew-nrw.de

14.03.2019, 15.00 – 18.00 Uhr
Verbundschule Mitte-Nord, Ginsterweg 9, 51427 Bergisch Gladbach „Stimme im Berufsalltag – Klang kommt an!“ Stimm- und Sprechschulung • Eröffnen eines ökonomischen Umgangs mit dem wichtigsten Handwerkszeug der Lehrer*Innen – der Stimme • Präsenz und Tragfähigkeit der Stimme mit Dorothea Theurer, Atem-, Sprech- und Stimmlehrerin
GEW Kreisverband Rhein-Berg
Kosten: GEW-Mitglieder/LAA/Studenten 5 € / Nicht GEW 10 €
Anmeldung bis 07.03.19 bei angela.bloemer@gew-nrw.de

28.03.2019, 18.00 – 20.00 Uhr
GGG Bensberg, Karl-Philipp-Str. 16, 51429 Bergisch Gladbach Schulbegleiter / Integrationshelfer“ Notwendige Unterstützung oder zusätzliche Belastung? Zwischen diesen beiden Extremen liegen die sehr vielfältigen Erfahrungen, die Lehrerinnen und Lehrer mit diesem immer größer werdenden Personenkreis machen. Viele Fragen stellen sich zum Rollenverständnis, zum Aufgabengebiet, zu Standards in der Ausbildung, zur Weisungsbefugnis etc.
Elke Hoffmann, Lebenshilfe Rheinisch-Bergischer Kreis; Dirk Osadnik, Rheinisch-Bergischer Kreis, Amt für Soziales; Barbara Wigger-Proest, Diakonie Michaelshoven; Uwe Jendrach, Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach
GEW Kreisverband Rhein-Berg kostenlos
Anmeldung bis 21.03.19 bei angela.bloemer@gew-nrw.de

14.03.2019, 15.00 – 18.00 Uhr
GGG An der Strunde, Am Broich 8, 51465 Bergisch Gladbach „Rechtsfragen am Arbeitsplatz Schule“ Was muss sein - was darf sein? Themenauswahl: Mehrarbeit, Ordnungsmaßnahmen, Aufgaben der Mitwirkungsgremien und vieles mehr ... Mit Florian Lambert, Schulleiter GGS An der Strunde GEW Kreisverband Rhein-Berg
Kosten: GEW-Mitglieder/LAA/Studenten kostenlos / Nicht GEW 5 € Anmeldung bis 20.03.19 bei angela.bloemer@gew-nrw.de

05.06.2019, 16.00 – 18.30 Uhr
GGG An der Strunde, Am Broich 8, 51465 Bergisch Gladbach „Gesund bleiben am Arbeitsplatz“ „Auszeit für die Gesundheit!“ Die wertvollste Ressource, die wir haben, ist unsere Gesundheit. Was kann ich tun - was kann ich lassen? mit Barbara Inhoff
GEW Kreisverband Rhein-Berg
Kosten: GEW-Mitglieder/LAA/Studenten kostenlos / Nicht GEW 5 €
Anmeldung bis 29.05.19 bei angela.bloemer@gew-nrw.de

WANN, WO, WAS, WER ...

Termine im Überblick

FEBRUAR 2019

TV-L-Tarifrunde 2019 geht in die heiße Phase. Falls Arbeitskampfmaßnahmen nötig werden, werden sie kurzfristig angekündigt. Bitte GEW-Webseite und Facebook verfolgen.

04.02.19, 18 Uhr, **AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern** (LEMK)

05.02.19, 18.30 Uhr, Dienstagstreff der **jungenGEW**

06.02.19, 10:45 Uhr, Ausstellung „Ernst Ludwig Kirchner - Erträumte Reisen“, Ausstellung in der Bundeskunsthalle Bonn, **Aktive Ruheständler**

11.02.19, 18:00 Uhr, Ausschuss **angestellte Lehrkräfte**

15.-17.02.19, „Konferenz gewerkschaftliche Erneuerung“ in Braunschweig, u.a. mit Marlies Tepe, Andreas Keller und Laura Pooth von der **GEW** und zahlreichen spannenden Workshops.

18.02.19, 19:00 Uhr, **Fachgruppe Förder-schule/Sonderpäd. Thema:** Planung Lehrerrätetreffen.

19.-22.02.19, **DIDACTA** in Köln

20.02.19, 17:30 Uhr, **Lehrer*innenkonferenzen** – Abnicken oder Gestalten? Rechte von Lehrerräten und Lehrkräften bei einer LeKo

MÄRZ 2019

11.03.19, 18:00 Uhr, Ausschuss **angestellte Lehrkräfte**

11.03.09, 18:30 Uhr, **FG KiTa/soz.päd. Berufe**

12.03.19, 18:30 Uhr, Dienstagstreff der **jungenGEW**

20.03.19, 18 Uhr, Mitgliederversammlung Stadtverband, mit Maïke Finnern, Bewerberin um das Amt der **GEW-Landesvorsitzenden**

21.03.19, 10:45 Uhr, ARITHMEUM in Bonn (Lennéstr. 2/Am Hofgarten-Südecke) **Aktive Ruheständler** laden ein zur Führung „rechnen einst und heute“, Kostenanteil: 3 Euro; Die Führung beginnt um 11 Uhr und dauert rund 90 Minuten.

28.03.19, 18 Uhr **Classroom Management** und nonverbale Strategien Referentin Uli Kautz aus dem Team Dr. Barnitzky



Wenn nicht anders angegeben finden alle Termine im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, statt.

APRIL 2019

02.04.19, 18:30 Uhr, Dienstagstreff der **jungenGEW**

02.04.19, 17:30 Uhr, Fachgruppe **Gesamt-schule**

01.04.19, 18 Uhr, **AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern** (LEMK)

08.04.19, 18:00 Uhr, **Ausschuss angestellte Lehrkräfte**

10.04.19, 17 Uhr, **Landesfachgruppe KiTa**

Osterferien vom 15.- 26. April 2019

MAI 2019

1. Mai-Demo und Kundgebung

06.05.19, 18 Uhr, **AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern** (LEMK)

06.05.19, 17 Uhr, Fachgruppe **Hauptschule**

07.05.19, 18.30 Uhr, Dienstagstreff der **jungenGEW**

07.05.19, 10-15 Uhr, **Bezirksdelegierten-versammlung** Gesamtschule, Aufstellung Personalratsliste

13.05.19, 18:00 Uhr, Ausschuss **angestellte Lehrkräfte**

13.05.09, 18:30 Uhr, **FG KiTa/soz.päd. Berufe**

23.-25. Mai 2019 **Gewerkschaftstag GEW NRW**, Essen

27.05.19, 16:30 Uhr, **Bezirksdelegierten-versammlung** Hauptschule

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Werner Balfer, 0221-745180, w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327, elkegoergen@web.de

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, 0177-8239728, timohemmesmann@gmx.de

Christiane Balzer, 0221-9524740, chribalzer@netcologne.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, christinakrautwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGEWEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de

Anneka Hündgen, hib-koeln@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Beate Kleifgen, beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

Mustafa Ayırtır (HSU), 0172-7536269, ayirtir_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak, helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Hildegard Merten, 0221-526722, hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@netcologne.de



Tarifrunde 2019: Endlich (mehr) Gerechtigkeit?

Die Verhandlungen zum TV-L beginnen // **Heiner Brokhhausen, Mitglied im AK Angestellte, im GfV und in der „forum“-Redaktion**

In wenigen Tagen beginnen die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder. Ursprünglich sollten im September letzten Jahres schon Vorgespräche zur Eingruppierung der Lehrkräfte stattfinden. Diese wurden aber mit der fadenscheinigen Begründung der damaligen Streiks im öffentlichen Dienst (Krankenhäuser etc.) von den Arbeitgebern ohne einen neuen Terminvorschlag abgesagt.

Das Verhalten zeigt, dass die Vertreter*innen der Länder voraussichtlich nicht an einem schnellen, fairen und gütlichen Abschluss interessiert sind und dass wir wahrscheinlich für jede Forderung kämpfen müssen.

Die GEW NRW läutete die Tarifrunde für die Tarifbeschäftigten am 14.11.2018 mit einer tarifpolitischen Tagung in Essen ein. Der Arbeitskreis Angestellte Lehrkräfte im Regierungsbezirk Köln hatte hierzu Fragen und Vorschläge für Forderungen vorbereitet. Die erarbeiteten Forderungen waren im Wesentlichen: Volle Gleichstellung tarifbeschäftigter Lehrkräfte innerhalb von drei Jahren durch eine Höhergruppierung um eine Entgeltgruppe bzw. zwei Entgeltgruppen bei EG 9 bis EG 11 oder eine Zulage von 500 €.

Eine zusätzliche Forderung war die Streichung des § 44, Absatz 2, um eine Arbeitszeitverkürzung gemäß der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (TVöD) zu erreichen. Dies war auch schon auf dem kleinen Gewerkschaftstag beschlossen worden.

Allerdings stellte sich in Essen heraus, dass die Bundestarifkonferenz der GEW schon im Vorfeld Forderungen aufgestellt hatte, die nicht mehr verhandelbar waren, sodass Ergebnisse aus Diskussionsbeiträgen und erarbeitete Vorschläge nicht mehr in die Hauptforderungen mit einfließen konnten. Das ist nicht nur schade und ärgerlich sondern auch eine vertane Chance für zusätzliche, hilfreiche Anregungen.

Die von der Kommission aufgestellten Forderungen, die noch mit den Tarifpartnern ver.di und dbb abgestimmt werden müssen, betreffen folgende Schwerpunkte:

1. Eine deutliche Entgelterhöhung

- Die Entgelte der Länder-Tarifbeschäftigten sind (im Vergleich zu Bund und Kommunen) die niedrigsten des öffentlichen Dienstes
- Gemessen an der Tariflohnentwicklung der Gesamtwirtschaft gibt es ein Minus von 3,5%
- Die Steuereinnahmen sprudeln
- In Zeiten von Fachkräftemangel ist eine Attraktivitätssteigerung durch ein deutlich höheres Gehalt unabdingbar

2. Verbesserungen in der Allgemeinen Entgeltordnung, z.B.

- Stufengleiche Höhergruppierung
- Anerkennung der Berufserfahrung

3. Beseitigung/Reduzierung der Benachteiligungen in der Entgeltordnung der Länder EntgO-L

- möglichst bald die Einführung der vollständigen „Paralleltabelle“
- vollständige Berücksichtigung von absolviertem Vorbereitungsdienst bei der Stufenlaufzeit
- bessere Berücksichtigung von Stufenlaufzeiten bei Vertretungslehrkräften
- Eingruppierungsmerkmale für pädagogische und heilpädagogische Unterrichtshilfen und sonderpädagogische Fachkräfte sowie entsprechend eingesetzte Lehrkräfte

4. Reform der Tabellenstruktur, beispielsweise

- Übernahme der Entgelt- und Eingruppierungsstruktur des TVöD für den TV-L
- Anhebung von Stufe 1 auf die Werte der Stufe 2
- Erhöhung der übrigen Tabellenwerte um mindestens 6,8%
- Überproportionale Anhebung der untersten Entgeltgruppen

5. Mantelfragen wie

- Höhergruppierungen sollen stufengleich und unter Anrechnung der bereits zurückgelegten Stufenlaufzeiten erfolgen
- Anerkennung einschlägiger Berufserfahrung soll unabhängig von der Schulform und -stufe erfolgen
- Maßnahmen zur Reduzierung befristeter Beschäftigungsverhältnisse

Der Verhandlungsaufakt für die Tarifverhandlungen ist der 21.1.2019, weitere Verhandlungsrunden sind für den 6./7.2.2019 und 28.2./1.3.2019 vorgesehen.

Bei hohen Steuereinnahmen und Fachkräftemangel müsste die Arbeitgeberseite ein großes Interesse daran haben, zu schnellen und für die Beschäftigten attraktiven Abschlüssen zu kommen. Leider deutet momentan allerdings nichts darauf hin.

Deshalb ist es wichtig, kreative Ideen für gezielte Aktionen und, bei Bedarf, für Streiks zu entwickeln.

Im Arbeitskreis Angestellte wurden schon konkrete Aktionen für die didacta am 21.2. und 22.2.2019 geplant, um die eventuell notwendigen Streiks zu unterstützen.

Unterstützt die Aktionen und beteiligt euch an den Streiks!

Je mehr dies tun, umso wahrscheinlicher ist ein guter Tarifabschluss!

Dieser Aufruf geht nicht nur an die Tarifbeschäftigten sondern auch an alle verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, denn diese profitieren auch von den erkämpften Tarifabschlüssen, da z.B. die Entgelterhöhungen auf sie übertragen werden. Beamte*innen dürfen zwar momentan (noch) nicht streiken, können aber aktiv an Aktionen und Demonstrationen teilnehmen.

TARIFRUNDE 2019

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
GEW
NRW.

Die Steuereinnahmen sprudeln, die öffentlichen Haushalte – auch die der Bundesländer – weisen Überschüsse aus.
Wann, wenn nicht jetzt!

Wir fordern

- Sechs Prozent mehr Gehalt
- 200 Euro monatlich mindestens
- 12 Monate Laufzeit der Entgelttabellen
- Verbesserungen bei der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte
- Verbesserungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.

Für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte fordert die GEW, dass endlich die „Paralleltabelle“ kommt.

Damit dadurch die Entgeltgruppen EG 9 bis EG 12 den nummerisch gleichen Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 zugeordnet werden.

gew-nrw.de/laender

**DIE GEW
KÄMPFT FÜR
ARBEIT**



Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Gespräche mit Mitgliedern des AK Angestellte Lehrkräfte
Die Interviews führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion



Mitglieder des AK Angestellte: Christina, Gudrun, Peter, Heiner, Hildegard, Stefan, Henning, Conny und Julian

Gudrun

Weshalb bist Du in der GEW?

Ich bin in die GEW eingetreten, sobald ich eine Stelle als Lehrerin bekommen hatte. Vorher war ich bereits in der IG Metall.

Seit wann bist Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Seit ich rechnen kann...

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Ich bin seit 2015 dabei.

Wie fällt die Bilanz der bisherigen Arbeit des AK aus?

Wir haben mehrere Info-Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen mit zuständigen Politiker*innen aus dem Schulbereich sowie Mini-Demos in Köln organisiert. Leider hat sich aber im Tarifbereich mit dem TV-L seit 2006 der Unterschied zu den verbeamteten Kolleg*innen eher noch vergrößert!

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden? Hast Du Wünsche an die GEW?

Nein, noch nicht so wie die Gewerkschaften anderer Branchen. Hier wünsche ich mir mehr Durchsetzungskraft, ein eigenes Profil gegenüber Verdi und mehr NRW-spezifische Verbesserungen für die größte Anzahl tarifbeschäftigter Lehrkräfte im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Was motiviert Dich (trotz Rückschlägen) weiter zu kämpfen? Mein Gerechtigkeitsempfinden!

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Vor zwei Jahren gelang es immerhin, dass angestellte Kolleg*innen eine eigene Zulage bekamen (die neue Stufe 6 in den Entgeltgruppen 13 bis 15). Allerdings fiel diese Stufenzulage nur halb so groß aus wie im TVÖD (Tarifvertrag von Bund und Kommunen) und weder jüngere noch ältere Lehrkräfte mit Überleitungsansprüchen noch die Kolleg*innen in den Entgeltgruppen 9 bis 12 konnten davon profitieren.

Dieser Missstand wird massiv vom AK kritisiert! Er sollte unbedingt in der aktuellen Tarifrunde behoben werden und zu einer allmählichen Angleichung der beiden Statusgruppen in den Lehrerzimmern führen.

Hast Du über einen gerechten Lohn hinaus Wünsche an die Politik?

... dass die regelmäßig im Vorwahlkampf gegebenen Versprechen wirklich einmal danach umgesetzt werden und am Ende der Wahlperiode eine Bilanzierung stattfindet. Drängende gesellschaftspolitische Themen wie eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Renten zu einer Erwerbstätigenversicherung, ein Abbau des Kooperationsverbots und eine Reform des Föderalismus im Bildungsbereich wie auch ein verantwortungsbewusster, umfassender Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen umgehend angegangen und weit über eine Wahlperiode hinaus geplant werden!

Henning

Weshalb bist Du in der GEW?

Weil die GEW eine unabhängige Gewerkschaft ist, die davon ausgeht, dass Lehrer*innen Arbeitnehmer*innen sind und dass deren Interessen unabhängig von den Interessen der Regierung und der Arbeitgeber vertreten werden müssen. Die Beamtenbund-Verbände sind auf ein Einvernehmen mit den Arbeitgebern ausgerichtet.

Seit wann bist Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Seit 2011 haben wir in der GEW die Diskussion geführt, dass die GEW die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte durch Abschluss eines Eingruppierungstarifvertrages verbessern und die Schere zur Beamtenbesoldung schließen muss.

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Seit Mai/Juni 2015. Für viele verlief der damalige Tarifkampf enttäuschend, in dem sich die GEW auf die „Paralleltabelle“ beschränkte und von der Forderung nach einer Lehrer-Entgeltordnung Abstand nahm. Viele Kolleg*innen kamen deshalb zum AK Angestellte.

Wie fällt die Bilanz der bisherigen Arbeit des AK aus?

Durch den Arbeitskreis haben viele Kolleg*innen die Möglichkeit gefunden, ihre Forderungen in die GEW einzubringen und gewerkschaftlich zu handeln. Außerdem wurden wichtige Beschlüsse erreicht. So der Beschluss des Gewerkschaftstages 2016 in NRW für das Festhalten der GEW an der Eckeingruppierung EG 14 aber auch die Beschlüsse des Gewerkschaftstags 2017 zur Entlastung und zur Reduzierung des Stundendeputats auf maximal 23 Stunden.

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden?

Die GEW hat sich weiter entwickelt, aber um wirklich Tarifgewerkschaft zu werden muss ein Problem überwunden werden: Die fortgesetzte Entgegensetzung von Angestellten und Beamten durch die Arbeitgeber. Der erste Schritt muss aus meiner Sicht sein, dass es innerhalb der GEW selbst eine gemeinsame Diskussion gibt, wo tatsächlich Angestellte und Beamte in einem Raum sitzen und ihre Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde festlegen. Die GEW be-

Weil die GEW eine unabhängige Gewerkschaft ist, die davon ausgeht, dass Lehrer*innen Arbeitnehmer*innen sind und dass deren Interessen unabhängig von den Interessen der Regierung und der Arbeitgeber vertreten werden müssen. Die Beamtenbund-Verbände sind auf ein Einvernehmen mit den Arbeitgebern ausgerichtet.

nutzt immer die Formel, dass das Tarifergebnis „zeit- und inhaltsgleich“ für die Beamten übernommen werden soll. Das ist etwas dürftig. Denn auch für die Beamten gab es Verschlechterungen. Was die beiden Statusgruppen gemeinsam fordern und wie sie sich gegenseitig im Tarifkampf (und danach) unterstützen können, muss sich auch aus einer tatsächlich gemeinsamen Diskussion ergeben und kann nicht durch eine Allerweltsformel erledigt werden. Diese gemeinsame Diskussion gibt es noch nicht.

Was motiviert Dich (trotz Rückschlägen) weiter zu kämpfen?

Aus meiner Sicht gibt es im absoluten Maßstab keine „Rückschläge“.

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Ich habe vorher mit den Kolleg*innen an der Schule diskutiert. Wir sind alle der Meinung, dass die jetzigen Entgelte in keiner Weise unserer Qualifikation und Verantwortung und auch der Belastung in unserem Beruf entsprechen. Dabei geht es um die Bewertung des Lehrerberufs an sich. Deshalb

hat unser Arbeitskreis auch für die Tarifverhandlungen 2019 gefordert, dass die GEW entweder für eine Zusatzzahlung eintritt, die die tatsächliche Schere zwischen Entgelten und Dienstbezügen ausgleicht - das hieße eine Zulage von 500 Euro - oder für eine Höhergruppierung angestellter Lehrer*innen um eine Entgeltgruppe bzw. um zwei Entgeltgruppen bei EG 9 bis EG 11. Auch auf der Tarifkonferenz am 14.11. in Essen waren die meisten Kolleg*innen der Meinung, dass die Angleichung kommen muss. Aus meiner Sicht wären die Tarifverantwortlichen gut beraten, wenn sie dieser Diskussion innerhalb der Gewerkschaft Rechnung tragen würden. Ohne eine Höhergruppierung kann es keinen Abschluss geben!

Hast Du über einen gerechten Lohn hinaus Wünsche an die Politik?

Die Landesregierung Rüttgers hatte 2006 mit der sog. „Unterrichtsgarantie“ eine Beendigung des Unterrichtsausfalls „versprochen“. In Wirklichkeit hat sie und seither alle anderen Landesregierungen nur einen enormen Druck auf die Lehrer*innen ausgeübt: Vergrößerung der Klassen, Ausweitung des Vertretungsunterrichts bei gleichzeitiger Flexibilisierung, d.h. Ausweitung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Zusätzliche feste Stellen wurden nicht geschaffen. Das Ergebnis ist eine unglaubliche Chaotisierung und Desorganisation unseres Schulalltages und der Verschleiß von uns Lehrkräften. Aus meiner Sicht brauchen wir tarifliche Vereinbarungen zur Entlastung von uns als Lehrkräften. Wir brauchen Entlastung, so wie sie auch die Kolleg*innen in den Krankenhäusern diskutieren und für die es u.a. an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen im Juli und August Streiks gab.

Conny

Weshalb bist Du in der GEW?

Ich bin schon mit 18 in die GEW eingetreten, weil ich mich direkt zu den Werkstätigen positionieren wollte, ohne Parteizugehörigkeit.

Seit wann Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Schon immer natürlich!

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Nach dem Abschluss des unsäglichen TVL habe ich erstmal nicht geglaubt, was passiert ist: Tarifaueinandersetzungen sind doch dazu da, Verbesserungen für die Arbeitnehmer*innen zu erkämpfen! Da war gehörig daneben gegangen! Nun galt es zu verbessern, was zu verbessern war. 2006 machte ich erst einmal im AK Angestellte Duisburg mit. Das war zwar weit, aber der war gut organisiert und wir hatten immer gute Ideen für Mobilisierung und Aktionen.

Wie fällt die Bilanz der bisherigen Arbeit des AK aus?

Mit der Zeit entwickelte sich auch in Köln ein AK Angestellte zu stattlicher Größe und unsere Kölner Aktionen konnten sich auch sehen lassen.



„Die GEW ist auf jeden Fall auf dem Weg auch Tarifgewerkschaft zu werden. Es ist aber nicht immer so leicht, von einer Lehrgewerkschaft, die vornehmlich die Weiterentwicklung des Bildungssystems im Blick hatte, zu einer Tarifgewerkschaft zu werden, zumal sie sich dort auf vermintes Feld begeben musste, wo sie sich nicht auskannte, wo Misserfolge lauerten und wo man für diese Misserfolge auch noch gescholten wurde. Die klassischen Bildungsgewerkschaftsfelder waren da harmonischer zu bespielen.“

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden?

Hast Du Wünsche an die GEW?

Die GEW ist auf jeden Fall auf dem Weg auch Tarifgewerkschaft zu werden. Es ist aber nicht immer so leicht, von einer Lehrgewerkschaft, die vornehmlich die Weiterentwicklung des Bildungssystems im Blick hatte, zu einer Tarifgewerkschaft zu werden, zumal sie sich dort auf vermintes Feld begeben musste, wo sie sich nicht auskannte, wo Misserfolge lauerten und wo man für diese Misserfolge auch noch gescholten wurde. Die klassischen Bildungsgewerkschaftsfelder waren da harmonischer zu bespielen.

Was motiviert Dich (trotz Rückschlägen) weiter zu kämpfen?

Die Frage stellt sich gar nicht, wir haben Tarifautonomie und es ist quasi unsere Pflicht für die Arbeitnehmerrechte zu kämpfen. Wer soll das denn sonst machen?

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Ich wünsche mir, dass ganz, ganz viele Leute (auch Beamte) mitmachen, dass wir tolle Ideen entwickeln, um unsere Ziele durchzusetzen, dass wir geschlossen stehen wie ein Baum und dass wir am Ende nicht demotiviert sind, wenn es wieder nicht so geworden ist, wie wir das wollten.

Hast Du über einen gerechten Lohn hinaus Wünsche an die Politik?

Klar: viel mehr Nachdenken über die klimaneutrale Gesellschaft, umwidmen von Arbeitsplätzen aus der Kohle- und Autoindustrie in bspw. soziale Bereiche. Da haben wir noch viel zu tun...

Peter

Weshalb bist Du in der GEW?

Ich bin seit Berliner Studentenzeiten, also seit gut 40 Jahren in der GEW. Das ist doch klar, dass man/frau sich als Bildungsarbeiter/in organisieren muss!

Seit wann bist Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Schon immer! Ich wollte kein Beamter sein, aber schon das gleiche Geld haben. Am Anfang (BAT-Tarif) war der Unterschied ja auch noch nicht so groß.

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Ich bin von Anfang an dabei, lange bevor es den AK offiziell gab- über unsere schulische Betriebsgruppe. Bei uns haben auch Beamt*innen gestreikt.

Wie fällt die Bilanz der bisherigen Arbeit des AK aus?

Durchwachsen, im Einzelnen: Die Bilanz innerhalb des AK: Hat immer Spaß gemacht, Ideen rauszuhauen und teilweise auch umzusetzen. Transparente, Musik der Beastly Boys als Textverschnitt rauszuhauen bei der Demo: „Wir wollen das Gleiche!“ (Danke Josef!) Den Trecker kreativ gestalten (Danke Achim!) Die gesellschaftliche Bilanz: Unsere Forderungen sind angekommen. Die meisten Menschen in Deutschland, in NRW wissen von der Ungleichbehandlung und finden sie ungerecht. Die monetäre Bilanz: Mau: Die Gehaltsschere schließt sich einfach nicht. Außer der neuen Stufe VI wurde alles auf die Beamt*innen übertragen. Es sei ihnen gegönnt, aber warum gibts nicht mehr Tarifspezifisches? Die gewerkschaftliche Bilanz: Versuche mal als Organisationstanker eine clevere Taktik der wirksamen Nadelstiche gegen die Regierungstanker der Länder anzuregen, wertschätzend begleiten und mutig zu Ende zu bringen. Da musst Du die Basis auch mal machen lassen, nicht alles kontrollieren: „Jeder scheitert auf seinem Niveau.“ Und nicht zu eng mit den Regierenden sein; Rot-Grün ist ein typisches Beispiel: Inklusion ist ja o.k., aber statt von Anfang an die Ressourcenfrage scharf zu stellen: Buttons mit „I love Inklusion“, also eher Kuschkurs als kritischer Diskurs mit Grün. Bei uns an der Schule (30 Jahre „Inklusion“) hieß es von Anfang an: „Inklusion aber richtig!“

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden? Hast Du Wünsche an die GEW?

Nö, so richtig noch nicht. Zuviel Staatsdiener-Mentalität auch dort, s.o. Ich wünsche mir: Mehr Vertrauen in die GEW-KuK, die etwas weniger brav sind. Mehr zulassen. Seine eigene Bräsigkeit als Organisation und Teil eines Systems (Luhmann lässt grüßen) auch mal selbstkritisch anschauen. Von anderen Gewerkschaften lernen, mehr in den Austausch gehen mit Ver.di oder SchaLL, die gutes Material herausgeben (EG 15 oder A13), mehr kritische Zahlen auf die Landeshomepage, weniger „Zensur“ in der nds bei Leserbriefen, einrichten eines Blogs für den offenen innergewerkschaftlichen Austausch und so weiter und so fort.

Was motiviert Dich (trotz Rückschlägen) weiter zu kämpfen?

Meine Selbstachtung. Spaß am Wider-den-Stachel-löcken. Mein Naturell. Und das Wort des großen Dramatikers – und Melancholikers! – Samuel Beckett: „Scheitern. Wieder scheitern. Besser scheitern.“

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Mehr Kreativität (s.o.): Also mit wenigen Mittel größtmögliche Effekte, Aufmerksamkeit erzielen. Symbolische Aktionen mit guter Mediovorbereitung. Kluge Nadelstiche. Dienst nach Vorschrift oder weniger als Vorschrift. Bei Zeugnisausgabe. Abiturprüfungen. Klassenfahrten. Teilzeit. Die Eltern ins Boot holen.

Hast Du über einen gerechten Lohn hinaus Wünsche an die Politik?

Wievell Zeilen habe ich? Als Christ wünsche ich mir mutigere Politik für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, das wär doch schon was. Fängt dummerweise auch bei einem selber an. Wie die Liebe. Die musst Du auch selber machen. Oder Dir schenken lassen. Am besten beides. Und mehr Theorie. Reflektierte Praxis. Lesen. Z.B. Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen. Berlin (Suhrkamp) 2018

„Ich bin seit Berliner Studentenzeiten, also seit gut 40 Jahren in der GEW. Das ist doch klar, dass man/frau sich als Bildungsarbeiter/in organisieren muss!“

Christina

Weshalb bist Du in der GEW?

Ich bin als Studentin in Bonn in die GEW eingetreten, da ich in dieser Gewerkschaft die richtige Vertretung in den Interessensbelangen für meine damaligen Anliegen als Staatsexamenskandidatin sah. Zudem riet mir auch mein Vater, der selber während seines gesamten Berufslebens als Selbstständiger mit zwei Meistertiteln in der Industrie- und Handelskammer aktiv tätig war, dazu, übrigens bis heute. Die GEW Bonn hat mich zu Studienzeiten schon damals mehrfach sehr gut beraten.

Seit wann bist Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Man mag mich naiv nennen, aber diese Forderung war für mich immer eine Selbstverständlichkeit! Als ich dann im Referendariat feststellte, dass dem auch in der Schule nicht so ist, habe ich sofort bei der Landes-GEW angerufen und am Telefon vehement nach der Möglichkeit um aktive Einbringung meinerseits für den Kampf um diese Forderung nachgefragt.

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Seit der Neuaufstellung des AKs 2015. Vorher gab es diesen AK in Köln auch schon, allerdings in einer sehr kleinen Besetzung. Ich habe mehrfach mit dem damaligen AK-Sprecher telefoniert und mich auch mit ihm getroffen. Leider ist er dann verstorben, der AK wurde neu belebt und seit diesem Gründungstreffen bin ich aktiv als einer der Sprecherinnen und Vertreterin im erweiterten Vorstand dabei.

Wie fällt die Bilanz der bisherigen Arbeit des AK aus?

Wenn man von der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ausgeht, so muss man ganz klar sagen, dass sich diese weiterhin in der Ferne befindet. Und darauf kommt es nun mal den meisten Angestellten an der Basis an, wie sie mir als Vertrauensperson an der Schule die angestellten Kollegen regelmäßig vor und nach den Tarifverhandlungen mitteilen. Da sitzt der Unmut über die Ungleichbehandlung vor allem der sogenannten „Erfüller“, also derjenigen mit der exakt gleichen Lehrerausbildung, schon sehr tief, ebenso wie das Unverständnis über die jeweilige Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, welches die Schere zwischen der Bezahlung von Angestellten und Beamten weiterhin öffnet. Als AK haben wir bei allen Tarifrunden Aktionen, Demos, Infoveranstaltungen sowie Diskussionsrunden

mit Politiker*innen veranstaltet, waren bei Tarifversammlungen der Landes-GEW und zu Tarifschulungen auf Landes- und Bundesebene, brachten unsere Anträge auf der erweiterten Vorstandsebene GEW Köln sowie bei der Landesdelegiertenkonferenz ein. Insgesamt ist der AK sehr wichtig, da dieser die Möglichkeit bietet, unsere Stimme als angestellte Lehrer*innen innerhalb der Gewerkschaft zu erheben und oft auch gegen Widerstände zu Gehör zu bringen.

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden? Hast Du Wünsche an die GEW?

Sie ist es immer mal wieder, aber um von einer wirklichen Tarifgewerkschaft zu sprechen, fehlt es meiner Meinung nach an intelligenten, schlagfertigen sowie tat- und durchsetzungsstarken Personen, die unsere Forderungen auch tatsächlich am Verhandlungstisch der Tarifpartner durchsetzen. Natürlich ist die Tarifarbeit ein sehr mühsames und schwieriges Geschäft, hier müsste aber noch viel mehr rechtliche Info- und Schulungsarbeit der interessierten Basis angestellter Lehrer*innen erfolgen und Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Streiks müssen weh tun (s. Deutsche Bahn)!

Zudem erwarte ich von der GEW, anzuerkennen, dass Solidarität nicht nur eine Einbahnstraße ist. Immer noch treffe ich auf verbeamtete GEW-Mitglieder wie jüngst bei GEW aktiv, denen das volle Ausmaß der Schlechterstellung als Angestellter nicht komplett bekannt ist. Bei vielen GEW-Kollegen sehe ich eher ein fahles Lippenbekenntnis, es gibt aber auch beamtete Kampfgenoss*innen, die jedoch noch mehr werden müssen. Zudem bitte ich als Gymnasiallehrerin, dass Tarifverbesserungen (unabhängig von Stufe VI) auch hier endlich ankommen.

Was motiviert Dich (trotz Rückschlägen) weiter zu kämpfen?

Weil es keine Alternative gibt. Genauso könnte man mich fragen: Warum atmest Du? Als ein Mensch, für den der Begriff Gerechtigkeit (neben Freiheit und Authentizität) an höchster Stelle steht, muss ich mich aktiv einbringen, sonst würde ich es mir immer vorwerfen, nichts getan zu haben. Zudem gibt es ein Sprichwort aus meiner unterfränkisch-bayrischen Heimat: Halte den Kopf gerade, auch wenn der Hals dreckig ist.

„Wenn man von der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ausgeht, so muss man ganz klar sagen, dass sich diese weiterhin in der Ferne befindet.“

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Eine deutliche Angleichung zwischen Beamtenbezügen und Angestelltegehältern. Dies wäre durch Zulagen zu erreichen sowie durch Höhergruppierung von mindestens einer Gruppe. Am Ende muss endlich einfach mehr Geld in der Tasche sein! Für unseren Arbeitskampf wünsche ich mir sehr gute Beteiligung, dass wir konstruktiv-positiv diesen gestalten, medial gut vermittelt und wahrgenommen werden und viele wohlwollende Begleiter (Beamte, Schüler*innen, Eltern) haben sowie mit einem guten Gefühl des „Auf-dem-Wege-seins“ aus diesem herausgehen. Und nicht den Humor verlieren.

Hast Du über einen gerechten Lohn hinaus Wünsche an die Politik?

Bei einer amerikanischen Schönheitsköniginnenwahl müsste ich jetzt sagen: den Weltfrieden. Den wünsche ich mir natürlich auch, als Biologin selbstverständlich auch den sofortigen Stopp der Zerstörung unserer globalen Ökosysteme, denn wenn die Industrienationen nicht endlich eine radikale Kehrtwendung vollziehen, wird es die Erde in der Form, wie wir sie momentan kennen, in 20 oder 30 Jahren nicht mehr geben. Bezogen auf die Bildungspolitik wünsche ich mir, dass die Politiker*innen tatsächlich unsere Arbeit als Lehrer*innen wertschätzen. Dies bedeutet anzuerkennen, dass das Schulsystem am Limit ist, sei es in der Überlastung der darin tätigen Personen, sei es in der Ausstattung, sei es bei den baulichen Gegebenheiten. Hier muss deutlich Geld investiert werden, um die Gesamtsituation radikal zu verbessern. Ich biete übrigens jedem Politiker an, mich einmal eine Woche komplett 24 Stunden lang bei meiner Arbeit als Lehrerin zu begleiten, das würde dieser Person die Augen öffnen.

Julian

Weshalb bist du in der GEW?

Ich bin mit dem Beginn meines Studiums in die GEW eingetreten. Die GEW war der Ort um die Einheit zwischen Studierenden und Beschäftigten der Universität zu erreichen.

Seit wann bist Du dafür, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird?

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für mich logische Konsequenz einer demokratischen Grundausrichtung. Um dies zu erreichen, darf man aber nicht bei dem Slogan alleine stehen bleiben, der sonst zu einer reinen Worthülse wird. Heute ist ja fast jeder für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Für die Umsetzung braucht man praktische Ansätze bei den Tarifforderungen und muss konsequent für deren Umsetzung kämpfen.

Seit wann bist Du beim AK Angestellte dabei?

Ich bin dabei, seitdem für mich der berufliche Weg Lehrer zu werden konkretisierte, d.h. ich bin schon vor dem Referendariat dazu gestoßen, weil mir klar war, dass mein Weg danach in ein Angestelltenverhältnis münden würde.

Ist die GEW mittlerweile auch eine Tarifgewerkschaft geworden? Hast Du Wünsche an die GEW?

Mir ist klar, dass bestimmte Gruppen die GEW als Bildungsgewerkschaft begreifen, aber in der Praxis gewinnt oder verliert sie ihre Kraft gegenüber den „Mitkonkurrenten“ wie dem Beamtenbund durch das konsequente Vertreten der Belange der Kolleg*innen z.B. in Tarifrunde und beim Gesundheitsschutz. Das ist es, was eine Gewerkschaft auszeichnet!

Was wünschst Du Dir für die Tarifrunde 2019?

Ich erhoffe mir, dass die Forderung der Kolleg*innen nach Angleichung der Angestellten an die Beamt*innen umgesetzt wird. Jeder mit dem ich spreche – auch die Beamt*innen – empfinden diese Ungleichbehandlung als himmelschreiende Ungerechtigkeit. Aber auch hier darf es nicht beim Slogan bleiben! Ich wünsche mir auch, dass wir als GEW die Mobilisierung ernst nehmen, und die breiteste mögliche Einheit organisieren.

Was motiviert dich (trotz Rückschlägen) weiterzukämpfen?

Ganz einfach: Wenn es die Gewerkschaft und ihre Mitglieder nicht machen, macht es sonst keiner!

Hast du noch Wünsche an die Politik?

Ich denke, die GEW muss sich nichts von den Politiker*innen wünschen, weil wir keine Bittsteller sind, sondern qualifizierte Arbeitnehmer*innen, die im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen eine große gesellschaftliche Verantwortung tragen.

Ein zentrales Problem für die Kolleg*innen, das überwunden werden muss, ist die Überbelastung! Noch dazu betrifft es Beamte und Angestellte gleichermaßen.

Meiner Meinung nach sollten wir streikfähige Forderungen zur Entlastung entwickeln, damit wir die Möglichkeit haben, unsere Kraft als Kolleg*innen auszuspielen, um eben nicht als Bittsteller aufzutreten.



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für mich logische Konsequenz einer demokratischen Grundausrichtung.“

Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?

Ein Unterrichtskrimi zum Lehrer*innenstreik

Falls die anstehenden Tarifverhandlungen Anfang 2019 nicht zu annehmbaren Ergebnissen führen sind Streiks notwendig, um den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Streikende Lehrerinnen und Lehrer sollen dann nicht vertreten werden. Auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht als „Streikbrecher“ eingesetzt werden. Randstunden können auch für die Schülerinnen und Schülern (SuS) der Sekundarstufe I ausfallen, wenn die Streiktermine der Schulleitung früh genug bekannt sind und den Eltern mitgeteilt werden. In den anderen Unterrichtsstunden muss die Schulleitung in der Sek I die Aufsichtspflicht gewährleisten. Um den SuS verständlich zu machen, warum der Unterricht ausfällt, und die Arbeit der zur Aufsicht verpflichteten Kolleg*innen zu unterstützen, wurde dieses Mystery erstellt.

Ein Mystery ist wie ein Krimi und die SuS schlüpfen in die Rolle von Detektiv*innen, um den jeweiligen Fall zu lösen. Mysteries schulen insbesondere methodische als auch soziale Kompetenzen. Das benötigte Hintergrundwissen wird spielerisch erarbeitet. Wichtig ist, dass es keine Musterlösung gibt. Es sind vielmehr viele verschiedene Lösungen denkbar. Wichtig ist lediglich, dass die Zusammenhänge von den SuS richtig begründet bzw. eingeordnet werden können. Für den Einsatz dieses Mysteries sollten ca. 90 Minuten zur Verfügung stehen. Neben den für die verschiedenen Arbeitsphasen (siehe Arbeitsaufträge) veranschlagten 75 Minuten können zu Anfang noch Hypothesen seitens der SuS zur Leitfrage „Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?“ aufgestellt werden. In jedem Fall sollte nach der Arbeitsphase noch Zeit bleiben, um die Leitfrage im Plenum zu beantworten sowie weitere SuS-Fragen (siehe Aufgabe 4) zu klären. Die Arbeitszeit kann erheblich verkürzt werden, wenn die Lehrkraft die Kärtchen des Mysteries bereits vorher für die Gruppenphase ausgeschnitten hat. Die Lehrkraft muss sich in jedem Fall vorher mit den Materialien auseinander gesetzt haben, um auch während der Arbeitsphase auftretende Fragen der SuS klären zu können. Das Material kann auch binnendifferenziert eingesetzt werden, indem noch mehr Kärtchen hinzugefügt oder weggelassen werden.

Eine mögliche Lösung nach vier Kategorien (je 10 Kärtchen pro Kategorie) wurde hier herausgearbeitet:

Kategorie 1: Unterschied zwischen verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrer*innen

- Herr Nietnagel und Herr Müller studieren beide an der Uni Köln Politik und Erdkunde auf Lehramt.
- Nach dem mit Bestnote abgeschlossenen Studium absolvieren beide ihr Referendariat.

- Nach dem Referendariat haben sowohl Herr Nietnagel als auch Herr Müller ein Bewerbungsgespräch an der Hans-Böckler-Schule. Die Schulleiterin entscheidet sich, beide einzustellen.
- Die neuen Lehrkräfte der Hans-Böckler-Schule werden zum Amtsarzt geschickt. Herr Müller war/ist kerngesund und wird verbeamtet. Herr Nietnagel wird aufgrund seines Alters nur als tarifbeschäftigter Lehrer angestellt.
- Trotz gleicher Arbeitszeit verdienen tarifbeschäftigte Lehrer*innen rund 500 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kolleg*innen.
- „Über 30 Dienstjahre gerechnet kann man sich davon ein Haus kaufen!“
- Im Ruhestand kauft sich Herr Müller ein Haus auf Teneriffa und fährt dort zweimal im Jahr in den Urlaub.
- Verbeamtete Lehrer*innen beziehen eine wesentlich höhere Pension als tarifbeschäftigte, die eine Rente erhalten.
- Der einzige Nachteil, den verbeamtete Lehrer*innen wie Herr Müller haben, ist, dass sie im Gegensatz zu ihren tarifbeschäftigten Kolleg*innen nicht streiken dürfen.
- Herr Nietnagel ist in der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ Mitglied. Sie setzt sich dafür ein, dass die Bezüge der tarifbeschäftigten Lehrer erhöht werden, damit sie genauso viel verdienen wie die verbeamteten Lehrer*innen.

Kategorie 2: Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften vs. Schuldenbremse

- Nach der Kaufkrafttheorie sollen Lohnsteigerungen neben dem Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich auch eine Umverteilungskomponente enthalten.
- Nach dieser Theorie sind hohe Löhne nicht schlecht für die Vollbeschäftigung, sondern sogar notwendig. Nur wenn es genügend Nachfrage nach Gütern gibt, werden auch entsprechend viele Arbeitskräfte eingestellt.
- Die Kaufkrafttheorie entspricht der Sicht der Gewerkschaften, so auch der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Verdi und die GEW).
- Verdi und die GEW weisen darauf hin, dass die Steuereinnahmen der Bundesländer aufgrund der guten Wirtschaftslage so hoch wie noch nie sind.
- „Die Finanzminister verbuchen Rekorderlöse. Wir fordern daher für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 6% mehr Lohn! Für tarifbeschäftigte Lehrer gilt: Gleiche Arbeit – gleicher Lohn!“
- Die Finanzminister vieler Bundesländer – so auch Nordrhein-Westfalen - haben sich zu einer „Schuldenbremse“ verpflichtet.
- Die Schuldenbremse beinhaltet Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme der Bundesländer. Als konkrete Zielvorgabe

wurde gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung abgebaut sein muss.

- Die Finanzminister der Bundesländer sind in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) organisiert.
- Die TdL fungiert als öffentlicher Arbeitgeber und verhandelt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Lohnerhöhungen.
- „Die Personalkosten stellen traditionell den größten Anteil der jährlichen Ausgaben der Bundesländer. Aufgrund der hohen Verschuldung unseres Landes plädiere ich daher für geringe Lohnerhöhungen“, sagt der Finanzminister.

Kategorie 3: Wie funktioniert ein Streik?

- Verdi, die GEW und die TdL verhandeln miteinander. Bereits während der Verhandlungen kann es zu Warnstreiks von Seiten der Gewerkschaften kommen. Warnstreiks sind zeitlich klar begrenzt.
- Falls bei den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt worden ist, können sich beide Seiten auf ein Schlichtungsverfahren einigen. Ein von beiden akzeptierter Schlichter macht eine Einigungsempfehlung.
- Sollte auch die Schlichtung erfolglos bleiben, gibt es auf Seiten der Gewerkschaft eine Urabstimmung.
- Bei der Urabstimmung können alle Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.
- Sollten 75% der Mitglieder oder mehr für den Streik stimmen, so beginnt der Streik.
- Ein Streik ist eine Maßnahme der Gewerkschaften im Arbeitskampf. Dabei kommt es zu einer gemeinsamen und planmäßigen Arbeitsniederlegung durch die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Ziel, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
- Wenn tarifbeschäftigte Lehrer streiken, hat dies zur Folge, dass sie nicht zur Schule gehen und ihr Unterricht ausfällt. Stattdessen sind sie mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern unterwegs, um in der Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu werben.
- Im Verlaufe des Streiks kann es zu erneuten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaften kommen. Während der Verhandlungen kann der Streik weiter gehen oder ruhen.
- Sollte bei diesen Verhandlungen ein Kompromiss gefunden worden sein, stimmen die Gewerkschaftsmitglieder erneut über diesen Vorschlag ab.
- Wenn 25% oder mehr Gewerkschaftsmitglieder für den Kompromissvorschlag votieren, ist der Streik beendet.

Kategorie 4: öffentliche Reaktionen zum Streik der Lehrer*innen

- „Ich finde es gut, wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes für gerechte Löhne streiken. Davon können alle anderen Beschäftigten nur profitieren.“ (Dirk M., Veranstaltungskaufmann)
- „Es ist ein Skandal, dass gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird. Gerade der Staat sollte als Arbeitgeber seiner Vorbildfunktion gerecht werden!“ (Gabi L., Bankkauffrau)
- „Heute ist der Unterricht meiner Kinder ausgefallen. Ich habe Verständnis für die Anliegen der tarifbeschäftigten Lehrer*innen, aber der Streik führt für mich zu einem Betreuungsproblem.“ (David G., Vater von drei Kindern im Schulalter)
- „Wenn Lehrer*innen in ihrer Freizeit mehr Lohn fordern, habe ich nichts dagegen. Dass sie jedoch Unterricht bestreiken, halte ich aus bildungspolitischer Sicht für fatal.“ (Gero M., Ingenieur)
- „Es wäre viel wichtiger, die Gehälter der Erzieher*innen zu erhöhen, wenn man in Bildung investieren will. Lehrer*innen gehören bereits jetzt zur gehobenen Mittelschicht.“ (Ute)
- „Wir von der Bezirksschüler*innenvertretung solidarisieren uns mit den Forderungen der streikenden Lehrer*innen!“ (Lena, Sprecherin der Bezirksschülervertretung)
- „Gleichgültig, in welchem Beruf man tätig ist, das Streikrecht ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und kann von niemanden in Frage gestellt werden, ohne dass er die Axt an unser Grundgesetz setzt.“ (Fabiana U., Richterin am Arbeitsgericht)
- „Lohnerhöhungen schön und gut, aber 6% mehr Lohn halte ich für überzogen.“ (Ulrich W., Vorsitzender der Arbeitgebervereinigung)
- „Bildung ist ein hohes Gut. Wir dürfen gerade in Zeiten der Digitalisierung nicht an der Zukunft unserer Kinder sparen. Der Lehrerberuf muss insgesamt attraktiver werden. Daher sollten Lehrer*innen auch mehr Geld verdienen.“ (André S., Erziehungswissenschaftler)
- Wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes höhere Löhne erstreiken, so werden auch Lohnerhöhungen in den anderen Branchen fällig. Dies führt dazu, dass sich die Bevölkerung insgesamt mehr leisten kann und die Wirtschaft über den zusätzlichen Konsum angekurbelt wird. (John M. K., Ökonom)

Alternative Ordnungsmuster

- a) nach Akteuren (verbeamtete Lehrer, tarifbeschäftigte Lehrer, Gewerkschaften, TdL&Co, sonstige) b) nach dem zeitlichen Ablauf



Arbeitsmaterialien als Kopiervorlage für den Unterricht

- „Die Finanzminister verbuchen Rekorderneuerungen. Wir fordern daher für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 6 % mehr Lohn! Für tarifbeschäftigte Lehrer gilt: Gleiche Arbeit – gleicher Lohn!“ (GEW)
- „Bildung ist ein hohes Gut. Wir dürfen gerade in Zeiten der Digitalisierung nicht an der Zukunft unserer Kinder sparen. Der Lehrerberuf muss insgesamt attraktiver werden. Daher sollten Lehrer auch mehr Geld verdienen.“ (André S., Erziehungswissenschaftler)
- Falls bei den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt worden ist, können sich beide Seiten auf ein Schlichtungsverfahren einigen. Ein von beiden akzeptierter Schlichter macht eine Einigungsempfehlung.
- Die Finanzminister vieler Bundesländer – so auch Nordrhein-Westfalen – haben sich zu einer „Schuldenbremse“ verpflichtet.
- Wenn tarifbeschäftigte Lehrer*innen streiken, hat dies zur Folge, dass sie nicht zur Schule gehen und ihr Unterricht ausfällt. Stattdessen sind sie mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern unterwegs, um in der Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu werben.
- „Über 30 Dienstjahre gerechnet kann man sich davon ein Haus kaufen!“
- Die Schuldenbremse beinhaltet Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme der Bundesländer. Als konkrete Zielvorgabe wurde gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung abgebaut sein muss.
- Herr Nietnagel und Herr Müller studieren beide an der Uni Köln Politik und Erdkunde auf Lehramt.
- Wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes höhere Löhne erstreiken, so werden auch Lohnerhöhungen in den anderen Branchen fällig. Dies führt dazu, dass sich die Bevölkerung insgesamt mehr leisten kann und die Wirtschaft über den zusätzlichen Konsum angekurbelt wird. (John M. K., Ökonom)
- Sollte auch die Schlichtung erfolglos bleiben, gibt es auf Seiten der Gewerkschaft eine Urabstimmung.
- „Lohnerhöhungen schön und gut, aber 6 % mehr Lohn halte ich für überzogen.“ (Ulrich W., Vorsitzender der Arbeitgebervereinigung)
- Im Ruhestand kauft sich Herr Müller ein Haus auf Teneriffa und fährt dort zweimal im Jahr in den Urlaub.
- Verdi und die GEW weisen darauf hin, dass die Steuereinnahmen der Bundesländer aufgrund der guten Wirtschaftslage so hoch wie noch nie sind.
- Verdi, die GEW und die TdL verhandeln miteinander. Bereits während der Verhandlungen kann es zu Warnstreiks von Seiten der Gewerkschaften kommen. Warnstreiks sind zeitlich klar begrenzt.
- „Wir von der Bezirksschülervertretung solidarisieren uns mit den Forderungen der streikenden Lehrer!“ (Lena, Sprecherin der Bezirksschüler*innenvertretung)
- Im Verlaufe des Streiks kann es zu erneuten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaften kommen. Während der Verhandlungen kann der Streik weiter gehen oder ruhen.
- Verbeamtete Lehrer*innen beziehen eine wesentlich höhere Pension als tarifbeschäftigte, die eine Rente erhalten.
- Ein Streik ist eine Maßnahme der Gewerkschaften im Arbeitskampf. Dabei kommt es zu einer gemeinsamen und planmäßigen Arbeitsniederlegung durch die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Ziel, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
- „Gleichgültig, in welchem Beruf man tätig ist, das Streikrecht ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und kann von niemanden in Frage gestellt werden, ohne dass er die Axt an unser Grundgesetz setzt.“ (Fabiana U., Richterin am Arbeitsgericht)
- Die Finanzminister der Bundesländer sind in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) organisiert.
- Sollten 75% der Mitglieder oder mehr für den Streik stimmen, so beginnt der Streik.
- Trotz gleicher Arbeitszeit verdienen tarifbeschäftigte Lehrer*innen rund 500 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kollegen.

- Wenn 25% oder mehr Gewerkschaftsmitglieder für den Kompromissvorschlag votieren, ist der Streik beendet.
- „Es wäre viel wichtiger, die Gehälter der Erzieher*innen zu erhöhen, wenn man in Bildung investieren will. Lehrer*innen gehören bereits jetzt zur gehobenen Mittelschicht.“ (Ute)
- Der einzige Nachteil, den verbeamtete Lehrer*innen wie Herr Müller haben, ist, dass sie im Gegensatz zu ihren tarifbeschäftigten Kollegen nicht streiken dürfen.
- „Wenn Lehrer*innen in ihrer Freizeit mehr Lohn fordern, habe ich nichts dagegen. Dass sie jedoch Unterricht bestreiken, halte ich aus bildungspolitischer Sicht für fatal.“ (Gero M., Ingenieur)
- „Heute ist der Unterricht meiner Kinder ausgefallen. Ich habe Verständnis für die Anliegen der tarifbeschäftigten Lehrer, aber der Streik führt für mich zu einem Betreuungsproblem.“ (David G., Vater von drei Kindern im Schulalter)
- Nach dem Referendariat haben sowohl Herr Nietnagel als auch Herr Müller ein Bewerbungsgespräch an der Hans-Böckler-Schule. Die Schulleiterin entscheidet sich, beide einzustellen.
- Die TdL fungiert als öffentlicher Arbeitgeber und verhandelt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Lohnerhöhungen.
- „Es ist ein Skandal, dass gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird. Gerade der Staat sollte als Arbeitgeber seiner Vorbildfunktion gerecht werden!“ (Gabi L., Bankkauffrau)
- Sollte bei diesen Verhandlungen ein Kompromiss gefunden worden sein, stimmen die Gewerkschaftsmitglieder erneut über diesen Vorschlag ab.
- Die neuen Lehrkräfte der Hans-Böckler-Schule werden zum Amtsarzt geschickt. Herr Müller war/ist kerngesund und wird verbeamtet. Herr Nietnagel wird aufgrund seines Alters nur als tarifbeschäftigter Lehrer angestellt.
- „Ich finde es gut, wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes für gerechte Löhne streiken. Davon können alle anderen Beschäftigten nur profitieren.“ (Dirk M., Veranstaltungskaufmann)
- Nach dieser Theorie sind hohe Löhne nicht schlecht für die Vollbeschäftigung, sondern sogar notwendig. Nur wenn es genügend Nachfrage nach Gütern gibt, werden auch entsprechend viele Arbeitskräfte eingestellt.
- Bei der Urabstimmung können alle Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.
- Die Kaufkrafttheorie entspricht der Sicht der Gewerkschaften, so auch der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Verdi und die GEW).
- Die Personalkosten stellen traditionell den größten Anteil der jährlichen Ausgaben der Bundesländer. Aufgrund der hohen Verschuldung unseres Landes plädiere ich daher für geringe Lohnerhöhungen“, sagt der Finanzminister.
- Herr Nietnagel ist in der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ Mitglied. Sie setzt sich dafür ein, dass die Bezüge der tarifbeschäftigten Lehrer erhöht werden, damit sie genauso viel verdienen wie die verbeamteten Lehrer*innen.
- Nach der Kaufkrafttheorie sollen Lohnsteigerungen neben dem Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich auch eine Umverteilungskomponente enthalten.
- Nach dem mit Bestnote abgeschlossenen Studium absolvieren beide ihr Referendariat.

AUFGABEN:

- 1.) Schneidet die einzelnen Kärtchen des Mysterys aus und lest sie Euch durch. (15 Minuten)
- 2.) Versucht unklare Begriffe und Zusammenhänge zu klären. (20 Minuten)
- 3.) Sortiert die Kärtchen in ein für Euch nachvollziehbares Muster, mit dem Ihr auch die Leitfrage „Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?“ beantworten könnt. (25 Minuten)
- 4.) Formuliert weitere Fragen für den Kurs/die Klasse. (15 Minuten)

„Es geht nicht ums Sahnehäubchen obendrauf!“ - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

In den EU-Staaten zahlen Arbeitgeber ihren weiblichen Beschäftigten für die geleistete Arbeit im Schnitt 16 Prozent weniger als den männlichen. Das kennen wir mittlerweile als „Gender Pay-Lücke“, die in Deutschland mit 27 Prozent noch weit größer klafft. Gerade in NRW, wo an der Grundschule, der „weiblichsten“ aller Schulformen, am schlechtesten bezahlt wird, trägt die Landesregierung ganz wesentlich zu dieser Ungerechtigkeit bei. Ende letzten Jahres sind Kolleginnen in Glasgow beispielgebend vorgegangen: Nach 12 Jahren Hinhalte-Taktik hatten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Nase voll und legten die drittgrößte Stadt Großbritanniens lahm – für zwei Tage am Stück! // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**



Wenn 10.000 Beschäftigte einer Stadt mit 600.000 Einwohner*innen gegen Lohn-Ungechtigkeit auf die Straße gehen, dann wird sich was bewegen!



Berlin und Brandenburg zahlen den Grundschullehrkräften bereits A13. In der Sek I sieht's aus wie auf einem Flickenteppich.

Am 23. und 24. Oktober 2018 haben rund 8.500 Frauen des öffentlichen Dienstes in Glasgow Geschichte geschrieben. Mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit sind sie in den Streik getreten. Laut BBC-Nachrichten, war es einer der „größten Streiks aller Zeiten im Vereinigten Königreich rund um die Frage von gleicher Entlohnung“.

Seit 12 Jahren tat sich nichts

Bereits 2006 war es zu einer Regelung gekommen, mit der die Ungleichbehandlung verringert werden sollte. Doch der Stadtrat unter der Führung der sozialdemokratischen „Labour Party“ tat nichts, um die Ungerechtigkeit zu beenden. Das war sicher auch ein Grund, weshalb die Partei bei den Wahlen von 2017 von der „Scottish National Party“ (SNP) überflügelt worden ist. Seither haben aber auch die neuen Verantwortlichen alle Verhandlungen über gerechte Bezahlung auf die lange Bank geschoben. Schlimmer noch: In den 14 Tagen vor dem Streik der weiblichen Beschäftigten reagierte die SNP mit intensiver Anti-Streik-Propaganda in der Presse. Würde es tatsächlich zum Streik der

Frauen kommen, so seien – vor allem im Bereich der Krankenpflege – Tote zu befürchten, hieß es.

Don't pass the picket!

Doch das tat der Mobilisierung keinen Abbruch! Am düsteren Dienstagmorgen versammelten sich Hunderte an den Streikposten in der ganzen Stadt. Man musste nicht weit gehen, um einen Streikposten sehen oder hören zu können! Der Bus Nr. 75 von Castlemilk wurde fast ausschließlich von Streikenden besetzt, die auf ihrem Weg zur Demonstration sangen und Sprechchöre anstimmten. Busfahrer*innen ließen Streikende kostenlos zur Auftaktkundgebung nach Glasgow Green mitfahren. Es gab massive Unterstützung in der Öffentlichkeit. Als die Demonstration in die Innenstadt kam, applaudierten Passant*innen.

Mit phänomenalem logistischen Aufwand wurden Streikposten vor Hunderten von Grundschulen, Kindergärten, Reinigungsdepots und Gemeindegebäuden eingerichtet. Allein diese Leistung zeugt davon, dass die Kolleg*innen sich in Massen beteiligt haben. Am Ende strömte ein buntes Meer von 10.000 Demonstrant*innen am

ersten Streiktag vom Glasgow Green zum George Square. Die Flaggen, Banner und Plakate von UNISON und der GMB sowie anderer Gewerkschaften dominierten die Demonstration.

Drohende Disziplinarmaßnahmen

Die Verwaltung in der Land- und Umweltschule der Stadt drohte allen mit Disziplinarmaßnahmen, die sich am Streik beteiligten würden. In einer wunderbaren Solidaritätsbekundung streikten dann aber alle 600 Müllwerker*innen in der Frühschicht, von denen fast alle männlich sind. Sie erklärten sich mit den Frauen solidarisch. Der gesamte Müllabfuhrservice wurde eingestellt.

John O'Connor, Vertreter der Gewerkschaft und zuständig für die Müllwerker*innen von Glasgow, sagte gegenüber der Zeitung „Herald“: „Wir alle wissen von den Streiks für gleiche Löhne heute und morgen. Als Reinigungskräfte sind wir heute Morgen zur Arbeit gegangen, um unser normales Geschäft zu erledigen und zu arbeiten, aber wir wollten keinen Streikposten durchqueren, da wir die Frauen voll unterstützen.“

Stimmen zum Equal Pay Strike

Die Vorsitzende der UNISON-Gewerkschaft Mary Dawson betonte: „Diese Frauen sind die Zahnräder, die unsere Stadt in Bewegung halten – Reinigung, Pflege, Bildung und die Betreuung einiger der schwächsten Menschen der Stadt – und sie haben die Entscheidung zu streiken nicht leichtfertig getroffen. Doch trotz der lebenswichtigen Dienstleistungen, die sie erbringen, sind Positionen immer noch chronisch unterbelegt. Es ist an der Zeit, dass der Stadtrat von Glasgow Maßnahmen ergreift, um diese langjährige Ungerechtigkeit zu beseitigen, damit diese Frauen weiterhin die Dienstleistungen erbringen können, auf die wir uns alle verlassen.“

Shona Thomson Sekretärin des GMB-Hauspflegebereichs erklärte: „Wir wissen, warum wir hier sind. Wir werden gewinnen.“



Ein Sieg für die tausenden Frauen in Glasgow, die für gleichen Lohn für gleiche Arbeit kämpfen, würde Millionen anderer Frauen im öffentlichen Dienst beflügeln, die sich für eine bessere Bezahlung einsetzen. Darüber hinaus würde der so wichtigen Arbeit, die z.B. im sozialen Bereich gemacht wird, die angemessene Wertschätzung zuteil“ (aus dem Solidaritätsschreiben des „Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst“, EGÖD)

Wir wollen Gerechtigkeit. Nie mehr sollen schlecht bezahlte Männer und Frauen gegeneinander ausgespielt werden. Wir sind wütend, nachdem wir jahrelang gewartet haben. Die Stadträte, die sagen, sie seien auf unserer Seite, müssen uns ernst nehmen. Ich bin eine Pflegekraft und Gewerkschaftsvertreterin, weil ich mich kümmerge. Ich brauche keine Stadtratsmitglieder und keinen Geschäftsführer, der mir sagt, dass meine Arbeit wichtig ist, wenn sie nicht bereit sind, sie wirklich zu schätzen“.

Denise Phillips, Sekretärin der Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst (UNISON) in Glasgow und dort für den Bereich häusliche Pflege zuständig, sagte rückblickend: „Es geht nicht ums Sahnehäubchen obendrauf, es geht um Geld, das uns zusteht von einer Verwaltung, die uns seit Jahren des gerechten Lohns beraubt [...] Wenn es da keinen Fortschritt gibt, dann werden wir erneut die Arbeit niederlegen“.

Nachtrag

Nur drei Tage später zogen 30.000 Lehrer*innen, Eltern und Schulkinder durch die Stadt. Ihre Forderung: Die Regionalregierung und die kommunalen Schulträger müssen die Bildung finanziell besser ausstatten und die Lehrkräfte besser entlohnen.

Weil die schottische Bildungsgewerkschaft EIS ihren Mitgliedern empfiehlt, das Lohnangebot der öffentlichen Arbeitgeber abzulehnen, könnte es nun zur Urabstimmung über Streiks an den Schulen kommen. Die Forderung der Gewerkschaft lautet zehn Prozent mehr für alle.

Quellen:

<https://orf.at/stories/307394/> <http://www.la-bournet.de>

<http://www.unison-scotland.org/> <https://www.gmb-scotland.org.uk/>

<http://shopstewards.net/2018/10/nssn-410-glasgow-women-march-and-strike-for-equal-pay/> (inklusive Videomitschnitt)

GEW-Aktionswoche: Inklusion stark machen!

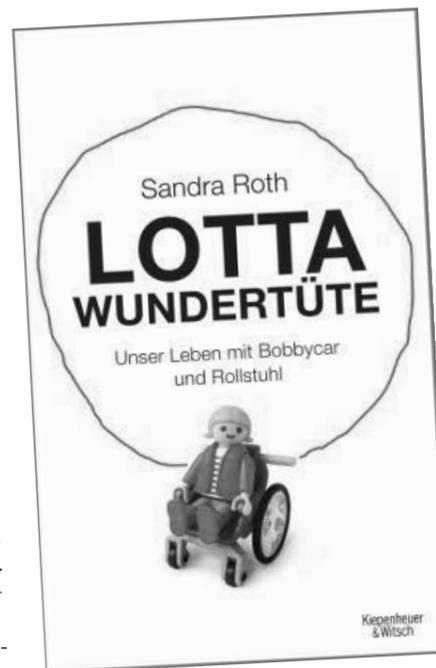
Text von Thorsten Albersmann, Mitglied der Bezirksfachgruppe Grundschule

Im Rahmen der GEW Aktionswoche „Inklusion stark machen!“ veranstaltete die Bezirksfachgruppe Grundschule am Montag, den 05.11.2018 eine Lesung mit der Bestsellerautorin Sandra Roth. Nach ihrem ersten Buch „Lotta Wundertüte“, ist nun aktuell ihr zweites Buch „Lotta Schultüte“ erschienen, aus welchem sie an diesem Abend diverse Ausschnitte vorliest. In ihrem Buch schildert Frau Roth sehr bewegend und detailliert ihre Eindrücke, die sie im Rahmen schulischer und gesellschaftlicher Inklusion mit ihrer schwerstmehrfachbehinderten Tochter machen musste. Die Inklusion in der Kita läuft wunderbar, aber als sie ihre Tochter Lotta im gemeinsamen Lernen an einer Grundschule anmelden möchte, merkt sie beim Tag der offenen Tür schnell, dass die Türen doch nicht so offen sind, wie es zunächst den Anschein macht: „Der Wickeltisch ist die Grenze!“, meint ein Rektor. Dass Inklusion ein Menschenrecht ist, spielt an dieser Stelle keine Rolle. Neben den schulischen, begegnen Lotta und ihrer Familie auch viele gesellschaftliche Grenzen und Hindernisse, die es immer wieder mit viel Optimismus und Willenskraft zu umschiffen gilt: von Kindern, die Lotta anstarren; von Menschen, die wegesehen oder sie bedauern: „Lotta kann keine drei Wörter sagen, sie kann keinen Blickkontakt aufnehmen, weil sie blind ist, sie kann niemandem die Hand geben. Doch andere um den Finger wickeln – das kann sie.“

Die Lesung soll eine Stunde dauern. Im Publikum ist es mucksmäuschenstill. Alle lauschen gebannt den Worten der Autorin. Zwischendurch sieht man viele zustimmende Blicke und nickende Köpfe. Ich selber ertappe mich auch ständig dabei, wie ich an vielen Stellen zustimmend nicke. Die gesamte Lesung ist für mich eine Achterbahnfahrt der Gefühle. An manchen Stellen des Buches fühle ich mich hundelnd, dann wiederum muss ich lauthals loslachen und im nächsten Moment ist mir einfach nur zum Heulen zu mute. Ich habe das Gefühl der Autorin Frau Roth geht es ebenfalls so wie auch dem Rest des Publikums.

Das Buch rechnet gnadenlos ehrlich mit schulischer und gesellschaftlicher Inklusion ab. Sehr imponiert hat mir aber letztlich der Kampfgeist von Lotta und ihrer Mutter, die sich nie haben unterkriegen lassen. Und dennoch, bei aller inklusiven Kritik blitzt im Buch immer wieder auch viel Lebensgeist, Hoffnung und Spaß am Leben durch. Tief beeindruckt hat mich die Liebe von Frau Roth zu ihren Kindern. Diese Liebe war in jedem Satz und in jedem Augenblick der Lesung deutlich spürbar. Sie stand immer über allen Dingen. Aus einer Stunde wurden letztlich eineinhalb Stunden. Die Zeit verging wie im Flug. Wäre es nach mir gegangen, hätte Frau Roth gerne noch länger vorlesen dürfen.

Das Buch „Lotta Schultüte“ ist sehr empfehlenswert und nimmt sowohl Inklusionskritiker*innen als auch Inklusionsverfechter*innen mit auf eine spannende Reise.



Fotos: Martina Schütte.

Mein Stück vom Kuchen – A 13Z für alle!

Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag // Martina Schütte, FG Grundschule

Nach dem Motto „Mein Stück vom Kuchen“ trommelten wir, die Mitglieder der Fachgruppe Grundschule der GEW Köln, mit einigen anderen hundert Kolleg*innen am 15.11.2018 vor dem Landtag in Düsseldorf, um die Eingangsbesoldung A 13Z für alle Lehrämter einzufordern.

Es gab tatsächlich für jede*n mindestens ein Stück Kuchen und einen Becher Kaffee. Eine große Bühne, eine Samba-Trommelgruppe und Demo-Utensilien waren diesmal von der GEW Zentrale hervorragend organisiert.

Die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer und Susanne Huppke von der Landesfachgruppe Grundschule wiesen auf die ungerechte Bezahlung hin: Bereits seit dem Lehrerausbildungsgesetz von 2009 werde diese besoldungsrechtliche Konsequenz ignoriert, dabei wüssten alle Beteiligten seit Jahren, dass alle mit Masterstudiengang vor Verfassungsgerichten bestätigt werden, wenn sie ihre niedrigere Besoldung beklagten. Trotzdem werde weiter auf Zeit gespielt, obwohl nicht zuletzt durch unbesetzte Stellen monatlich Millionen eingespart würden. Aber auch alle Kolleg*innen, die ohne das neue Studium ihr Lehramt erworben haben, müssten schnell berücksichtigt werden. Gerade der in NRW sehr ungleich verteilte Lehrkräftemangel erhöhe den Handlungsbedarf von Monat zu Monat.

Kuchen von der SPD – Buh-Rufe für die CDU

Aus dem Landtag trauten sich Eva-Maria Voigt-Küppers (stell. Fraktionsvorsitzende der SPD), Jochen Ott (schulpolit. Sprecher der SPD-Landtagsfraktion), Sigrud Beer (schulpolit. Sprecherin von B'90/Grüne) und Frank Rock (schulpolit. Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) vor das Publikum. Die bis 2017 Verantwortlichen von Rot-Grün bestätigten die Forderungen der Kolleg*innen, mussten sich aber vom stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden Sebastian Krebs die unbequeme Frage gefallen lassen, warum diese in ihrer Regierungsverantwortung bis 2017 nicht umgesetzt wurden. Der CDU-Vertreter blieb mehr als nebulös in seinen Aussagen und ertotete viele Buh-Rufe durch seine Kommentare. Applaus bekam dagegen der von der SPD Fraktion mitgebrachte Gesetzesentwurf zur gerechten Besoldung sowie der „ganze Kuchen“, der den Kolleg*innen von Frau Voigt-Küppers und Herrn Ott zum Abschluss überreicht wurde.

Wir kommen wieder – mit noch mehr Kolleginnen und Kollegen!

Die Anreise der Kölner Kolleg*innen wurde von der Fachgruppe Grundschule organisiert. Kostenlos reiste die 80-köpfige Gruppe, die sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hatte, mit der Bahn nach Düsseldorf. Sie machte dabei mit viel Lärm auf den Bahnhöfen in Köln und Düsseldorf auf sich und ihr Anliegen aufmerksam.

Es wäre noch schöner, wenn die Anzahl der Teilnehmenden sich im nächsten Jahr weiter erhöhen würde, denn bei 1500 Beschäftigten in der Stadt Köln allein im Grundschulbereich sollte noch mehr „drin“ sein.

Aktion „Mein Stück vom Kuchen!“ am 15. November 2018 vor dem Landtag

// Rede von **Susanne Huppke, FG Grundschule der GEW NRW**

Ich bin heute hier, um mir mein Stück vom Kuchen zu holen, mein Stück Kuchen für A 13, für eine faire und gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte in NRW. Die GEW fordert eine Eingruppierung beim Berufseintritt in A 13 Z bzw. EG 13 mit Zulage für alle Lehrkräfte.

Seit 2016 ist der umgekehrte Equal-Pay Day bundesweit der Tag, an dem die GEW öffentlich macht, dass Lehrkräfte, die nach A 12 besoldet werden und natürlich auch die Tarifbeschäftigten dieser Schulformen, die letzten 5 Wochen jedes Jahres unbezahlt arbeiten. Von der schlechten Bezahlung sind besonders viele Frauen betroffen. Die Zeit ist reif, diesen Zustand zu ändern.

Mit unfairer Besoldung muss endlich Schluss sein.

Ich bin froh darüber, dass die GEW NRW den Aktionstag gemeinsam mit allen betroffenen Schulformfachgruppen durchführt, gemeinsam mit Beamten und Tarifbeschäftigten und dass sich auch Kolleg*innen von Gymnasien und Berufskollegs solidarisch zeigen.

Viele Politiker*innen haben seit 2016 der Forderung nach einer Aufwertung ebenfalls zugestimmt. All den schönen Reden sind bis heute aber keine Taten gefolgt. Andere Bundesländer wie Berlin, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein machen vor, dass es auch anders geht.

Auch NRW hätte es bitter nötig, den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten. Die Bedarfsprognose der Landesregierung zeigt:

Bis 2025 fehlen 5000 Lehrkräfte allein an Grundschulen. Die Bedarfslücke für die Sekundarstufe sieht ähnlich groß aus. Ganz anders ist die Situation allerdings beim Lehramt für die Sek. II. Bis 2025 wird hier mit einem Überangebot von 15.000 ausgebildeten Lehrkräften gerechnet. Wir haben eigentlich keinen Lehrkräftemangel in NRW, sondern ein Verteilungsproblem. In Schulformen, in denen Lehrkräfte gut bezahlt werden, wollen junge Menschen auch arbeiten.

Werbekampagne: Gönn dir!

Unsere Landesregierung reagiert auf diesen Befund mit einer Werbekampagne für den Beruf Lehrer*in. Auf den farbenfrohen Postkarten und Plakaten heißt es: Gönn dir!

Was sollen sich die jungen Menschen bei ihrer Berufswahl eigentlich gönnen? Einen Beruf, der sie voll fordert, aber ungerecht bezahlt wird? Sollen sie sich einen Beruf gönnen, der durch schlechte Arbeitsbedingungen hervorsteht: viele Pflichtstunden – wenig Entlastung?

Geht es darum, sich pädagogische Herausforderungen zu gönnen? Sind die Bedingungen an den Schulen etwas, das man sich gönnen will? Wohl kaum.

Am besten gefällt mir der Spruch „Ein Leben lang Influencer ...“

Als Influencer werden Personen bezeichnet, die aufgrund ihrer starken Präsenz und ihres hohen Ansehens für Vermarktung in Frage kommen. Was also soll ein Influencer in der Schule machen? Soll er als Werbeträger seine Besoldung aufbessern oder worauf zielt der Slogan eigentlich ab?

Welcher junge Mensch fällt auf diese Werbung rein?

Wertschätzung fehlt

Und nun gibt es auch noch Radiowerbung. „Schatz, ich kann nicht mehr...“ Da ist jemand unzufrieden in seinem Beruf, fühlt sich überlastet, nicht wertgeschätzt, ist am Ende seiner Kraft – und dann kommt die Lösung: Ich werde Lehrer. Was ist da eigentlich die Botschaft? Wer in anderen Berufen zu belastet oder gescheitert ist, der kann immer noch Lehrer werden?

Mit dieser Werbekampagne für den Lehrerberuf wird ein Berufsbild dargeboten, das subtil eine Entwertung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern vermittelt und in die heimischen Wohnzimmer trägt. Das sind keine schönen Reden. Das sind gezielte Fehlinformationen, die da über locker-flockige Sprüche verbreitet werden. Wo Wertschätzung untergraben wird, wird auch die Basis für faire Bezahlung zerstört. Beides geht Hand in Hand.

Kolleg*innen erleben seit Jahren, dass ihnen neue Aufgaben aufgeladen werden, ohne dass sie dafür eine Entlastung erhalten. Nun ist aber für die Grundschulen etwas Neues dazu gekommen. Die Hausspitze des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, die Ministerin selbst sät Zweifel an der Kompetenz der Grundschullehrkräfte.

Ministerin Gebauer hat bis heute keine Vorschläge für eine Verbesserung der Situation an den Grundschulen vorgelegt. Der immer wieder angekündigte Masterplan Grundschule lässt ebenso auf sich warten wie die Besoldungsanhebung. Wiederholt hat die Ministerin aber den Lehrkräften der Grundschule erklärt, wie sie besser Deutsch unterrichten können. Man stelle sich das übertragen auf Gymnasien vor. Frau Gebauer erklärt wie Lateinunterricht funktioniert. Unvorstellbar! Stärken Sie uns lieber den Rücken, wenn die Medien über Grundschulkolleg*innen herfallen, Frau Ministerin!

Kolleg*innen der Grundschulen unterrichten mit Fachkompetenz, sie haben die Fächer nämlich studiert. Sie kennen mehr als eine Unterrichtsmethode und wissen sie orientiert an den Bedürfnissen der anvertrauten Kinder vielseitig einzusetzen. Keine üblen Nachreden mehr!

Frau Ministerin, liefern Sie gute Arbeitsbedingungen, damit Lehrkräfte gute Arbeit abliefern können!

Wer ja zu A 13 sagt, sagt auch ja dazu, dass Schule Qualität braucht. Lehrkräfte müssen gut ausgebildet werden, zehn Semester Studium sind dafür genau richtig.

Lehrkräfte müssen auch dann gut ausgebildet werden, wenn sie als Seiteneinsteiger*innen an die Schulen kommen. An dieser Ausbildung mangelt es derzeit erheblich.

Wertschätzung, gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung, das sind die Zutaten für einen guten Kuchen. Keine schönen Reden mehr! A 13Z, EG 13 und eine entsprechende Veränderung der gesamten Besoldungsstruktur - sofort!

AKTION FÜR FAIRE BEZAHLUNG JETZT UNTERSTÜTZEN!

Postkarte unterschreiben und absenden!

Der Flyer ist zu finden unter: www.gew-nrw.de/ja-13.html

Petition Gleiches Gehalt für alle Lehrerinnen und Lehrer wieder geöffnet, www.openpetition.de.

Jetzt alle aktivieren: Eltern, Großeltern, Tanten und Onkel ...
noch mehr Zustimmung organisieren!



Die Kolleg*innen im hessischen öffentlichen Dienst haben es 2017 in ihrer Tarifrunde erreicht: freie Fahrt für's ganze Bundesland.

„Bestehen auf Landesebene Planungen für ein »Job-Ticket« für Lehrerinnen und Lehrer?“

Diese Frage ist ein Zitat. Sie wurde am 3. November 2016 von der damaligen FDP-Landtagsabgeordneten Yvonne Gebauer an die amtierende rot-grüne Landesregierung gerichtet. Seit dem 30. Juni 2017 ist Frau Gebauer Ministerin für Schule und Bildung und kann nun für eine positive Antwort auf die eigene Frage sorgen. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Der „Kleinen Anfrage“ von Frau Gebauer war eine Vorbemerkung beigelegt, die den Hintergrund ihres Anliegen verdeutlichen sollte. Darin hieß es:

„Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln ist wiederholt die Frage von »Job-Tickets« für Lehrerinnen und Lehrer diskutiert worden. Hierbei geht es um die Frage, ob durch eine Vereinbarung zwischen Kommunen oder auch von Seiten des Landes mit Verkehrsbetrieben vergünstigte Konditionen für die Kunden aufgrund der hohen Anzahl potentieller Interessenten vereinbart werden.“

Das war anscheinend schon der Stand im Kölner Schulausschuss vor mehr als zwei Jahren! Weder der Hambacher Forst war da aktuell noch das drohende Fahrverbot für 100.000 Dieselfahrzeuge allein in Köln.

Antwort blieb negativ

Trotz des Schachzugs Gebauers, die in ihrer „Kleinen Anfrage“ noch auf „Vertreter der örtlichen SPD“ Bezug nahm, blieb die Antwort der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2016 unbefriedigend. Obwohl sogar im Protokoll der Kölner Schulausschusssitzung nachzulesen ist, dass „man den Wunsch bereits an die Landtagsfraktionen weitergegeben [habe] mit dem Ergebnis, dass nun konkrete Planungen für alle Beschäftigten des Landes liefen“, reagierte man in Düsseldorf negativ:

„Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den regionalen Verkehrsverbänden finden gegenwärtig nicht statt. Grund hierfür ist die Notwendigkeit einer vorrangig durchzuführenden Bestandsaufnahme.“

So lautete die schriftliche Antwort von SPD-Finanzminister Björn-Jens „namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Schule und Weiterbildung und dem Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“.

Auf die weitere Frage, wie die „Landesregierung die Äußerung der Bezirksregierung Köln [bewerte], wonach das Finanzministerium ein landesweites Jobticket für Landesbedienstete plane“, hieß es:

„Das Finanzministerium prüft derzeit Möglichkeiten, den Zugang zu einem Job-Ticket-Angebot für die Landesbediensteten zu verbessern. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Tarifbedingungen in Nordrhein-Westfalen sowie der dezentralen Angebotsverwaltung durch die Dienststellen bzw. Ressorts ist zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Job-Ticket-Vereinbarungen aller Dienststellen des Landes notwendig. Die Bestandsaufnahme wird zurzeit im Finanzministerium durchgeführt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.“

Von Pontius zu Pilatus

Nun könnte man meinen, dass seither genug Zeit ins Land gegangen ist und Resultate dazu auf dem Tisch liegen. Es müsste auch der Tisch des Ministeriums für Schule und Bildung sein, dem Frau Gebauer heute als Ministerin vorsteht.

Hoffentlich müssen wir nicht erleben, dass heute so agiert wird wie schon 2015/-16: Damals zeigte die Stadt Köln mit dem Finger auf die Bezirksregierung, diese verwies ihrerseits an die Landesregierung. Bereits ein Jahr zuvor, im Sommer 2015, hatte die FDP im Kölner Schulausschuss beantragt, „dass allen Lehrerinnen und Lehrern an Kölner Schulen ab dem Schuljahr 2015/2016 bei Bedarf ein Job-

Ticket für den öffentlichen Nahverkehr angeboten wird“, so der Antragstext der Kölner FDP (siehe Originalantragstext).

Daraufhin habe die Stadt Köln bei der Bezirksregierung angefragt, welche Perspektiven es diesbezüglich gäbe. Die Antwort auf diese weitergeleitete Anfrage lieferte Gebauer in ihrer „Kleinen Anfrage“ an die damalige SPD-grüne Landesregierung gleich mit:

„Die Bezirksregierung hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass das Finanzministerium Nordrhein-Westfalen als zuständige Behörde für die Finanzierung eine landesweite Regelung zur Einführung von Job-Tickets für alle Landesbediensteten, darunter auch die Lehrer/innen, plane. Eine eigene Regelung für in Köln beschäftigte Lehrer/innen, die zu einer Ungleichbehandlung führen würde, ist daher nicht vorgesehen und auch der Schulträger sollte von solchen Maßnahmen absehen, da es sich um eine Angelegenheit des Dienstherren der betroffenen Personen handelt.“ (Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung der Stadt Köln vom 08.06.2015)

Heute wird die Landesregierung vielleicht den umgekehrten Weg gehen, und – womöglich noch um den Verweis ergänzt, dass Landesregierungen nicht mit regionalen Verkehrsverbänden verhandeln – zurück auf kommunale Schulträger und die fünf NRW-Bezirksregierungen deuten. Auf die Verhinderung einer etwaigen Ungleichbehandlung sollte die Landesregierung sich besser nicht berufen. Schließlich ist sie es,

die – egal unter welcher Koalition – angestellte und verbeamtete Lehrer*innen, Grundschullehrkräfte und Gymnasiallehrer*innen seit Jahr und Tag extrem ungleich behandelt. Da wäre viel Spielraum für Gerechtigkeit!

Gegen den Tunnelblick!

Gerade von Köln aus, wo wieder einmal der Bau eines Ubahn-Tunnels im Gespräch ist, um Millionen-Renditen für Investor*innen zu ermöglichen, ohne dabei etwas für eine zukunftsweisende Verkehrswende zu tun, lohnt ein Blick über den Tellerrand. Was die vom Arbeitgeber finanzierte Mobilität der Arbeitnehmer*innen angeht, sind die Kolleg*innen in Hessen nämlich schon einige Schritte weiter. 2017 konnten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchsetzen, dass die dortige Landesregierung für alle ihre Beschäftigten (außer studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte) das sogenannte „LandesTicket Hessen“ einführt.

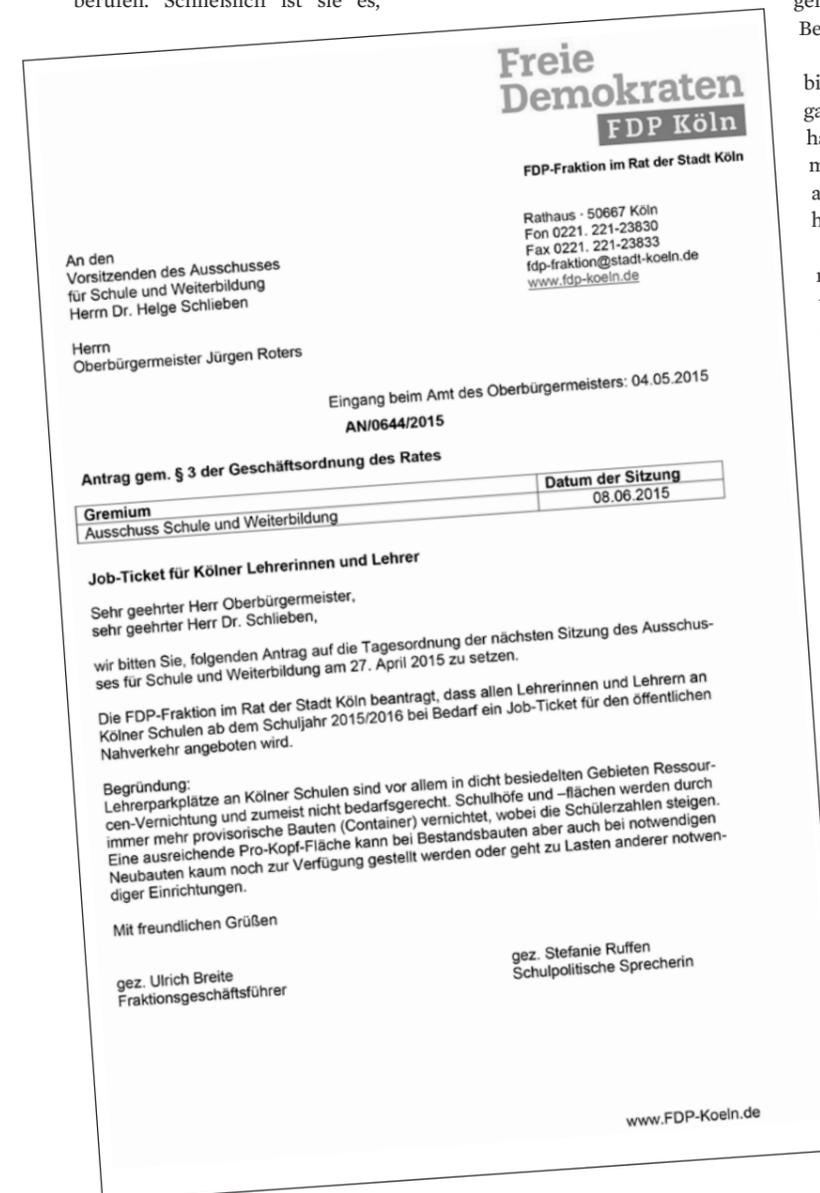
Die 51 Millionen Euro zusätzlicher Kosten definiert Wiesbaden als „Investition zugunsten der Umwelt, denn wir versprechen uns von dem LandesTicket auch weniger Emissionen“. Das sei ein „weiterer Beleg, dass Ökologie und Ökonomie sinnvoll in Einklang gebracht werden können, ohne dabei die Schuldenbremse und die Verpflichtung zum verantwortungsbewussten Haushalten aus den Augen zu verlieren“, meint der hessische Innenminister Peter Beuth, CDU, auf den Internetseiten seines Ministeriums.

Mit dem „LandesTicket Hessen“ ist es möglich, montags bis freitags ab 19h und am Wochenende sowie an Feiertagen ganztags auch noch einen Erwachsenen und alle zum Haushalt gehörenden Kinder bis 14 Jahren kostenfrei mitzunehmen. Zusatzkosten entstehen nicht, die Ausstellung erfolgt automatisch und was die steuerliche Absetzbarkeit angeht, heißt es:

„Der steuerliche Werbungskostenabzug beim einzelnen Bediensteten für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte in Form der Entfernungspauschale wird durch die Nutzung nicht berührt. Das Land Hessen wird in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber den sogenannten geldwerten Vorteil gegenüber der Finanzverwaltung versteuern. Eine Ausweisung in der Lohnsteuerbescheinigung erfolgt nicht.“ (<https://innen.hessen.de/buerger-staat/personalwesen/landesticket>; 2018-12-09; 22h)

Fazit: Es liegt einzig und allein an uns, die politischen Entscheidungsträger*innen – ganz gleich, welcher Couleur – von den richtigen Maßnahmen zu überzeugen. Auszuloten bleibt, wie viel Überzeugungskraft notwendig ist und wie viel Zeit wir uns damit lassen wollen ...

Was 2015 noch politisch opportun sein mochte, kann heute umgesetzt werden – im Gegensatz zu vor vier Jahren ist die FDP nun Teil der Landesregierung!



Grafik jobticket: GdP Hessen

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Stadtverband Köln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist ab Juli 2019 (nach Absprache auch früher) die Stelle des/der geschäftsführenden Gewerkschaftssekretärs/der Gewerkschaftssekretärin der GEW Köln neu zu besetzen. Der Gewerkschaftssekretär/die Gewerkschaftssekretärin leitet die Geschäftsstelle auf der Grundlage der Beschlüsse der gewerkschaftlichen Gremien.

Aufgaben:

- Selbstständige Bearbeitung von politischen Schwerpunktaufgaben
- Selbstständige Entwicklung und Erstellung von Analysen, Konzepten, Stellungnahmen, Publikationen und Referaten
- Bearbeitung bildungspolitischer und kommunaler Themen in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführenden Vorstand
- Unterstützung der Gremien wie Vorstände, Fachgruppen und Arbeitskreise
- Aktivitäten zur Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung
- Mitarbeit in Gremien und Arbeitskreisen
- Kommunikation der politischen Ziele der GEW Köln nach außen im Rahmen der Richtlinien und Beschlüsse des Geschäftsführenden Vorstandes.
- Organisatorische und inhaltliche Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Aktionen und Seminaren sowie Unterstützung betrieblicher Kampagnen
- Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit
- Koordination der Bildungsarbeit
- Interne Organisation und Verwaltung

Wir erwarten:

- Die Vertretung der politischen Ziele der GEW
- Engagement, Initiative und Führungsqualitäten bei der Umsetzung von politischen und organisatorischen Vorgaben
- Hohe Sozialkompetenz, Bereitschaft zur Teamarbeit, Belastbarkeit und Flexibilität, Verhandlungsgeschick und hohe kommunikative Fähigkeiten
- Übernahme von Verantwortung
- Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit
- Bereitschaft zur Arbeit mit unregelmäßigen Arbeitszeiten, montags bis donnerstags auch bis in die Abendstunden

Wir setzen voraus:

- Einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss oder gleichwertige fachliche Kenntnisse
- Sichere Beherrschung der einschlägigen Computerprogramme, Umgang mit sozialen Netzwerken und weiteren Internet-Anwendungen
- Komplexe Methoden- und Problemlösungskompetenzen für neuartige Probleme und Situationen, für die keine bekannten Handlungsmuster zur Verfügung stehen bzw. für Verhandlungen mit erheblichen Interessensunterschieden
- Komplexe organisatorische Kompetenzen zur Planung und Koordination einer größeren Anzahl von heterogenen Aufgaben
- Betriebliche und gewerkschaftliche Erfahrungen sind von Vorteil

Wir bieten:

- Eine vielseitige Tätigkeit mit politischen und betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten
- Eine unbefristete Vollzeitstelle auf der Basis einer 38,5 Stunden-Woche
- Gute Arbeitsbedingungen und kollegiale Zusammenarbeit
- Eine Beschäftigung nach den Anstellungsbedingungen des DGB

Schriftliche Bewerbungen mit vollständigen aussagekräftigen Unterlagen erbitten wir bis spätestens 18. März 2019 an die GEW, Stadtverband Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, zu Händen Angela Bankert. E-Mail kontakt@gew-koeln.de, Tel für Rückfragen: 0221-516267.



Kolleg*innen der GEW Düsseldorf und der GEW Köln solidarisieren sich auf der Demo gegen das neue Polizeigesetz

„Schalalalalala – gegens Polizeigesetz“¹ Demobericht // von Stefan Schüller, Mitglied der „forum“- Redaktion und des GfV

5.000 Teilnehmer*innen wurden trotz ungemütlicher Wetterlage am 8.12. in Düsseldorf auf der Demonstration gegen das neue Polizeigesetz NRW gezählt. Bereits im Sommer gab es eine große Demonstration gegen das neue Gesetz. Dass der Protest seitdem nicht abbricht, liegt daran, dass die Zugeständnisse, die die schwarz-gelbe Landesregierung unter Federführung von Innenminister Herbert Reul gemacht hat, aus bürgerrechtlicher Perspektive nicht ausreichen.

Zwar wurde der umstrittene Begriff der „drohenden Gefahr“ aus der Gesetzesvorlage gestrichen, allerdings sind die Grundrechte der Bürger*innen mit der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes Mitte Dezember trotzdem weiter eingeschränkt worden. So können z. B. allein aufgrund von Vermutungen Bürger*innen nun mehrere Wochen eingesperrt werden.

Das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung wird damit unterminiert. Das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“, das sich gegen die weitere Aushöhlung des Rechtsstaats wehrt, ist sehr breit aufgestellt. Neben vielen Gewerkschaftskolleg*innen demonstrierten u. a. Parteien wie die Grünen und die Linken, Menschenrechts- und Klimaaktivist*innen sowie Anwaltsvereine und Fußballfans. Die Stimmung war gut, die Demo war lautstark und friedlich. Der Protest gegen den Abbau unserer Freiheitsrechte wird weitergehen.

¹aus dem Gesang der Fußballfans verschiedener Vereine

Gegen Klimawandel und die Untätigkeit der Regierungen: Schwedische Schülerin animiert zu Schulstreik in Australien

Am 30. November 2018 haben Schüler*innen in Australien ihre Klassenräume verlassen. In mindestens 30 Städten und Ortschaften nahmen tausende an Kundgebungen teil. Eine wichtige Rolle spielte dabei die 15-jährige Greta Thunberg aus Stockholm // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

„Wir können die Welt nicht retten, wenn wir uns weiter an die Regeln halten. Die Regeln müssen geändert werden!“ Greta Thunberg, 15-jährige Schwedin, die freitags protestieren und nicht zur Schule geht



Schülerdemo in Melbourne gegen untätige Regierungen; Foto: Julian Meehan

Ursächlich für diese Proteste war die Nachricht, dass ein umstrittenes Bergwerk des multinationalen Mischkonzerns „Adani“ im Bundesstaat Queensland voraussichtlich in Betrieb bleiben wird. Dagegen hatte es zuvor bereits starken Widerstand aus der Bevölkerung gegeben. Keine der großen Parteien zeigt jedoch die Bereitschaft dagegen vorzugehen.

Greta Thunberg

Inspiziert worden sind die australischen Schüler*innen von der 15-jährigen Schwedin Greta Thunberg, die jeden Freitag den Unterricht schwänzt, um vor dem Parlamentsgebäude in Stockholm zu protestieren. Sie ruft junge Leute dazu auf, sich ihr anzuschließen. Am 26. November schrieb sie in der britischen Tageszeitung „The Guardian“: „Setzt euch vor euer Parlament oder den Sitz eurer Regionalregierung, wo auch immer ihr seid, und fordert, dass sie sich zusammenreißen, um die Welt unter [einer Erwärmung von] 1,5 Grad zu halten“.

Wer heute jung ist, wird in Zukunft die schlimmsten Folgen des Klimawandels erleben müssen. Das wird die Quittung sein für die unzureichenden Maßnahmen der heute im Amt befindlichen Regierungen dieser Welt.

Politiker ohne Bezug zur Bevölkerung?

Der australische Premierminister Scott Morrison griff das Vorhaben der Schüler*innen schon vor Beginn der Proteste an. Er wün-

sche sich „weniger Aktivismus an den Schulen“ und könne nicht unterstützen, wenn „Schulen zu Parlamenten werden“. Demgegenüber haben die Schüler*innen darauf hingewiesen, dass sie nicht in den Streik treten würden, wenn die Regierungen dieser Welt tatsächlich etwas Substantielles im Kampf gegen den Klimawandel tun würden. Die Kommentare von Morrison zeigten, wie weit er und seine Regierung sich von der Bevölkerung entfernt zu haben scheinen. Er hat damit aber auch klar gemacht, dass die Sorgen der jungen Menschen nicht gerade ernst genommen werden.

All dies hat nur dazu beigetragen, die Schüler*innen in ihrem Vorhaben noch zu bestärken. Auf vielen der Schilder und Plakate, die bei den Protesten zu sehen waren, wurde direkte Kritik an der Regierung geübt. Auch wurde auf die Heuchelei hingewiesen, die in den Statements von Morrison zum Ausdruck kamen. Einer der bekanntesten Slogans, der auch vielfach in den Fernsehnachrichten zu sehen war, lautete: „We'll be less activist if you'll be less shit“ (dt.: „Wir wären weniger aktiv, wenn ihre nicht so scheiße wärt.“).

UN-Bericht erschüttert

Morrison behauptete, dass seine Regierung den Klimawandel ernst nimmt und dass man entsprechende Maßnahmen ergreife. Ein aktueller UN-Bericht hat allerdings gezeigt, dass Australien seit vergangenem Jahr „keine Verbesserungen“ in der Klimapolitik verzeichnet. Die Wahrheit ist, dass die kapitalistische Marktwirtschaft jedes Handeln gegen den Klimawandel blockiert. Im Kapitalismus dominiert das Privateigentum an den Produktions- und Industriestätten,



Wir wären weniger aktiv, wenn ihr nicht so scheiße wärt!; Foto: Socialist Party Australia

„Ich wünsche weniger Aktivismus an den Schulen, sie dürfen keine Parlamente werden.“

Scott Morrison, Premierminister Australiens

und das erste Ziel der Produktion ist der Profit. Das gilt auch für die Energie-Branche. Gesellschaftliche oder Umweltbelange müssen da hinten anstehen.

Milliarden-Profite vs. gesellschaftlicher Belange und der Umwelt

Sehr einflussreiche Cliquen von Super-Reichen stecken immer noch Milliarden von Dollar in fossile Energieträger. Sie kämpfen dafür, dass ihre Vermögen so lange profitabel bleiben wie nur möglich. Und es gibt weiterhin eine große Menge an Geld, die im Bereich der Kohle und mit anderen umweltschädlichen Industrien gemacht werden kann. Aus diesem Grund werden Kapitaleigner*innen auch weiter in diesen Bereichen investieren. Befände sich der Reichtum, der heute noch in den Händen von Investor*innen und der Energie-Branche ist, unter der demokratischen Kontrolle der Allgemeinheit, könnte sichergestellt werden, dass er eingesetzt wird, um für eine saubere Zukunft zu sorgen.

Das Problem ist, dass eigentlich nur kontrolliert werden kann, was eineR auch gehört. Die Regierungen sind ganz offensichtlich darin gescheitert, die Kapitaleigner*innen zu angemessenen Investitionen in saubere Energien zu bringen. Anstelle des profit-orientierten kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems bräuchte es mehr öffentliches Eigentum und einen demokratisch beschlossenen Investitionsplan, um sofort auf erneuerbare Energien und nachhaltige Produktion umstellen zu können.

Beginn einer Bewegung?

Die Schüler*innen, die sich am landesweiten Ausstand in Australien beteiligt haben, haben ein klares Signal an die Regierung dort

ausgesendet. Sie werden sich ihre Zukunft nicht von profitgierigen Kapitalist*innen und deren Kompliz*innen in der Regierung ruinieren lassen.

Dies ist möglicher Weise nur der Anfang einer Kampagne. Um den Klimawandel zu bekämpfen brauchen wir viel mehr solcher Aktionen. Es müssen aber auch breitere Schichten der Gesellschaft mit einbezogen werden, vor allem die Arbeitnehmer*innen.

Nur durch kontinuierliche Organisationsarbeit in den Betrieben, Schulen und Wohnvierteln kann eine ernstzunehmende und erfolgreiche Bewegung aufgebaut werden, die klare Forderungen zur Eindämmung des Klimawandels aufstellen muss.

Es ist klar, dass die Probleme, denen wir entgegensehen, durch das System des Kapitalismus verursacht werden. Dieses System muss infrage gestellt werden, um die tatsächlichen Ursachen für das Nichtstun anzupacken, bevor es zu spät ist. Greta Thunberg hat zusammengefasst, was im Kampf gegen den Klimawandel und gegen die Untätigkeit der Regierungen in diesem Punkt nötig ist: „Wir können die Welt nicht mehr dadurch retten, indem wir uns weiter an die Regeln halten. Der Grund dafür ist, dass die Regeln geändert werden müssen!“.

„Kurz vor Redaktionsschluss kam es am 3. Adventswochenende auch in Deutschland zu Klimaprotesten von Schüler*innen. Unter anderem in Köln, Hamburg, München, Aachen, Karlsruhe und Osnabrück gab es Protestaktionen vor den Rathäusern. Vor dem Landtag in Kiel zählte die Schülerdemo mehr als 300 Teilnehmer*innen, vor dem Bundestag waren es einige Dutzend. Der SPIEGEL vom 14.12.18 zitierte einen Schüler mit der Aussage: »Es ergibt für uns keinen Sinn für die Zukunft zu lernen, wenn wir vielleicht keine haben.«“

Mehr als eine Million Studierende treten in Spanien gegen Sexismus und für eine sexuell-inklusive Bildung in den Streik

Der 14. November 2018 war ein beeindruckendes Signal, 100.000 gehen auf die Straße! // Erklärung des „Sindicato de Estudiantes“ („Gewerkschaft der Studierenden“)

Der Generalstreik der Studierenden, zu dem das „Sindicato de Estudiantes“ (SE) und die Gruppe „Libres y Combativas“ (dt.: „frei und kämpferisch“) aufgerufen hatten, war ein voller Erfolg. Über 1,5 Millionen Studierende ließen ihre Seminarräume verwaist zurück, und 90 Prozent der Oberstufenschüler*innen unterstützten den Ausstand. Mehr als 100.000 Menschen nahmen in den Morgenstunden an über 60 Demonstrationen überall im spanischen Staat teil! Die Entschlossenheit, die wir gezeigt haben gegen Sexismus in den Schulen und Hochschulen, gegen sexistische Gewalt und patriarchales „Recht“ ist auch eine machtvolle Warnung an die Regierung Sanchez: Gesten und Versprechungen reichen uns nicht.

PSOE-Regierung sieht weg

Wir haben genug von dieser Regierung, die wegsieht und nichts unternimmt, um den mächtigen Einfluss der katholischen Kirche in der Bildung zu beenden. Stattdessen werden weiterhin die homophobe und sexistische Propaganda der Kirche toleriert, skandalöse Gerichtsurteile des francistischen Rechtssystems akzeptiert, Vergewaltiger ungestraft auf freien Fuß gesetzt. Darüber hinaus bleibt es bei Kürzungen und Privatisierungen in der Bildung.

Seit dem frühen Morgen war klar, dass der Streik heftig und die Demonstrationen sehr stark werden würden. In den weiterführenden Schulen sah es krass aus: eine Beteiligung von 90 Prozent in Galizien, Asturien, dem Baskenland, Katalonien, Valen-

cia, Andalusien, Madrid und andernorts und über 90 Prozent in der Extremadura, auf den Kanaren, in Murcia und so weiter und so fort. Auch an den Hochschulen im Land war die Beteiligung massiv.

Die Demonstrationen hatten beeindruckende Teilnehmerzahlen: 15.000 in Madrid, 12.000 in Barcelona, 5.000 in Bilbao und tausende in weiteren Städten des Baskenlandes, mehr als 15.000 in Andalusien, 5.000 in Galizien und 5.000 in Valencia, 2.000 in Gijón und zehntausende Weitere im ganzen Land.

„Der Kampf wird feministisch sein oder gar nicht!“

Auf sämtlichen Demonstrationen war die Stimmung kämpferisch und voller Enthusiasmus. Wir skandierten Slogans wie: „Mein Kleid provoziert niemanden!“, „Mit oder ohne Kleidung: Fass mich nicht an!“, „Nein heißt nein – alles andere heißt Vergewaltigung!“, „Ja zum Sexualkundeunterricht, nein zum Religionsunterricht!“, „Egal, wer regiert – wir werden für unsere Rechte kämpfen!“, „Der Kampf wird feministisch sein oder gar nicht!“ und etliche weitere. Sehr erfreut hat uns, dass hunderte Rentner*innen, Veteran*innen des Klassenkampfes, mit uns gemeinsam protestiert haben. Sie waren vom Koordinierungskreis der Massenbewegung der Rentner*innen zur Beteiligung an unseren Kundgebungen aufgerufen worden. Dass sie mit dabei wa-

ren, war eine Inspiration. Seinen Ausdruck fand dies in Sprechchören wie diesem: „Egal, wer regiert – wir werden für unsere Rechte kämpfen!“. Dieser Slogan wurde von uns übernommen.

Wir haben auch Unterstützung von Dutzenden feministischen Organisationen, von LGBT- und Trans-Bewegungen sowie aus der Frauenbewegung bekommen. Darunter waren die „Kellys“ („Reinigungskräfte im Kampf“), Aktivist*innen gegen Gewalt an Frauen und Bewegungen für die Abschaffung der Prostitution, die bei unserer Kundgebung in Madrid eine sehr bewegende Rede gehalten haben.

Verbindung mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit

In allen Großstädten haben bei den dortigen Veranstaltungen viele Aktivist*innen von „Libres y Combativas“ bzw. vom SE gesprochen, die noch Schüler*innen oder bereits Studierende sind. Dabei haben sie klargemacht, dass wir in unserem Kampf keinen Schritt zurück hinnehmen werden, dass wir einen revolutionären anti-kapitalistischen Feminismus vertreten, der kämpferisch ist, und dass wir keine Angriffe auf unsere Rechte tolerieren werden. Wir erklärten, wie die Bewegung der Frauen aus der Arbeitnehmerschaft voll und ganz verbunden ist mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Unterdrückung durch das kapitalistische System.

Auch möchten wir hervorheben, dass tausende unserer männlichen Genossen mitgemacht haben. Sie haben sich an einem gemeinsamen Streik beteiligt und stehen mit uns in der ersten Reihe gegen Angriffe auf unsere Rechte und die Rechte der Menschen aus der LGBT-Community. Wir kämpfen ge-



Das Gegenteil von Feminismus heißt Ignoranz!



Madrid



In Valencia beteiligte sich eine Delegation von Rentner*innen am Schülerstreik für sexuelle Freiheit

„Solange sie disziplinarische Maßnahmen gegen Lehrkräfte einleiten, die sich für sexuelle Selbstbestimmung einsetzen, wird unser Kampf weitergehen.“



„The way we dress...“

meinsam gegen Sexismus und sexistische Vorurteile.

Jugend-Bewegung gegen Sexismus ist das Ziel

Dieser Streik war ein sehr wichtiger Schritt in Richtung des Aufbaus einer mächtigen Jugend- und Studierenden-Bewegung gegen Sexismus in den Schulen und Hochschulen. Dieser Streik folgte auf die großen Streiks vom 8. März (Welt-Frauentag, an dem in Spanien laut „Süddeutscher Zeitung“ fünf Millionen Frauen die Arbeit niedergelegt haben; Anm. d. Übers.) und 10. Mai dieses Jahres. Damit wollen wir unsere Forderungen gegenüber der Regierung und dem Bildungsministerium durchsetzen.

Wir werden nicht aufhören, ehe wir diese Regierung dazu gebracht haben, eine allgemeingültige Regelung über den Sexualkundeunterricht auf den Weg gebracht zu haben, die für alle Schulen verbindlich sein muss. Es muss um einen Unterricht gehen, in dem der „Unkultur“ aus Sexismus, Missbrauch, Vergewaltigung, Homo- und Transphobie entgegengewirkt wird. Unser Kampf wird so lange andauern, bis sie sämtliche

schulinternen Regeln abgeschafft haben, mit denen repressive Dress-Codes erzwungen werden. Sie müssen dagegen vorgehen, dass die Freiheit auf individuelle Sexualität oder die Rechte der LGTB- und Trans-Community verwehrt werden. Solange sie disziplinarische Maßnahmen gegen alle Lehrkräfte (bei denen es sich nur um eine kleine Minderheit aller Lehrer*innen handelt) einleiten, die sich für sexuelle Selbstbestimmung einsetzen, wird unser Kampf weitergehen. Und wir werden so lange weiter kämpfen, bis sie

ein für alle Mal das reaktionäre Bildungsgesetz namens LOMCE abgeschafft und für kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Universität gesorgt haben werden.

Wir wollen Respekt und Würde, die Freiheit zu sein wie wir sind und dass Missbrauch und Erniedrigung endlich aufhören. Macht mit beim SE und bei „Libres y Combativas“. Lasst uns gemeinsam den revolutionären anti-kapitalistischen Feminismus aufbauen!

„Wir haben genug von dieser Regierung, die wegsieht und nichts unternimmt, um den mächtigen Einfluss der katholischen Kirche in der Bildung zu beenden.“

Neues aus der Rechtsprechung

// Nina Goerges, Rechtsberatung der GEW Köln

Altersermäßigung bei unterhältiger Beschäftigung

Zur Info: Beim Arbeitsgericht Bielefeld hatte eine Lehrerin, die unterhältig zeitbeschäftigt ist, auf Gewährung der Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr geklagt. Begründet hatte Sie ihren Anspruch mit § 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Danach dürfen Arbeitnehmer*innen, die in Teilzeit arbeiten, nicht schlechter behandelt werden als einE vergleichbareR Vollzeitbeschäftigte*in. In einem Güutetermin bestätigte das Gericht die Auffassung der Klägerin. Daraufhin hat die Bezirksregierung Detmold der Lehrkraft die entsprechende Altersermäßigung zuerkannt. Fazit: Alle teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte, die mit weniger als 50% der regelmäßigen Pflichtstunden arbeiten, müssen anteilig eine Altersermäßigung erhalten.

Pressemitteilung Gerichtshof der Europäischen Union Nr.165/18 (gekürzt) Urlaubsanspruch bei fehlendem Urlaubsantrag

EinE Arbeitnehmer*in darf ihre/seine erworbenen Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub nicht automatisch deshalb verlieren, weil sie/er keinen Urlaub beantragt hat. Weist die Arbeitgeber-Seite jedoch nach, dass die/der Arbeitnehmer*in aus freien Stücken und in voller Kenntnis der Sachlage darauf verzichtet hat, den bezahlten Jahresurlaub zu nehmen, nachdem sie/er in die Lage versetzt worden war, ihren/seinen Urlaubsanspruch tatsächlich wahrzunehmen, steht das Unionsrecht dem Verlust dieses Anspruchs und – bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – dem entsprechenden Wegfall einer finanziellen Vergütung nicht entgegen.

Gerichtshof der Europäischen Union, Urteil vom 6. November 2018 - C- 619/1 und C-684/16

Pressemitteilung Bundesarbeitsgericht Nr. 62/18 (gekürzt) Streikmobilisierung auf Firmenparkplatz ist erlaubt

Das Streikrecht umfasst die Befugnis einer streikführenden Gewerkschaft, die zur Arbeitsniederlegung aufgerufenen Arbeitnehmer*innen unmittelbar vor dem Betreten des Betriebes anzusprechen, um sie

für die Teilnahme am Streik zu gewinnen. Eine solche Aktion kann – abhängig von den konkreten örtlichen Gegebenheiten – mangels anderer Mobilisierungsmöglichkeiten auch auf einem vom bestreikten Arbeitgeber vorgehaltenen Firmenparkplatz vor dem Betriebsgebäude zulässig sein.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. November 2018 - 1 AZR 189/17 - Vorinstanz: Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 29. März 2017 - 24 Sa 979/16 -

Pressemitteilung Bundesarbeitsgericht Nr. 53/18 (zum Thema im letztem Heft)

Kirche muss wegen Benachteiligung Schadensersatz zahlen

Der Fall: Die Parteien streiten über die Zahlung einer Entschädigung wegen einer Benachteiligung aufgrund der Religion. Der Beklagte ist ein Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er schrieb am 25. November 2012 eine auf zwei Jahre befristete Stelle eines Referenten/einer Referentin (60 %) aus. Gegenstand der Tätigkeit sollten schwerpunktmäßig die Erarbeitung des Parallelberichts zum deutschen Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Antirassismuskonvention durch Deutschland sowie Stellungnahmen und Fachbeiträge und die projektbezogene Vertretung der „Diakonie Deutschland“ gegenüber der Politik, der Öffentlichkeit und Menschenrechtsorganisationen sowie die Mitarbeit in Gremien sein. Der Parallelbericht sollte in Beratung mit Menschenrechtsorganisationen und weiteren Interessenträger*innen erstellt werden. In der Stellenausschreibung heißt es ferner: „Die Mitgliedschaft in einer evangelischen oder der ACK angehörenden Kirche und die Identifikation mit dem diakonischen Auftrag setzen wir voraus. Bitte geben Sie Ihre Konfession im Lebenslauf an.“

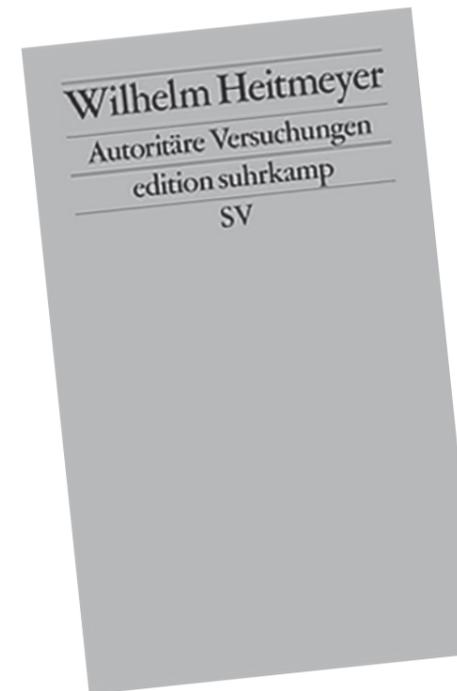
Die konfessionslose Klägerin bewarb sich mit Schreiben vom 29. November 2012 auf die Stelle. Sie wurde nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Der Beklagte besetzte die Stelle mit einem evangelischen Bewerber. Die Klägerin hat mit ihrer Klage die Zahlung einer Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG i.H.v. mindestens 9.788,65 Euro verlangt. Sie ist der Ansicht, der Beklagte habe sie entgegen den Vorgaben des AGG wegen der Religion benachteiligt. Sie habe

die Stelle wegen ihrer Konfessionslosigkeit nicht erhalten. Der Beklagte hat eine Benachteiligung der Klägerin wegen der Religion in Abrede gestellt; jedenfalls sei die Benachteiligung nach § 9 Abs. 1 AGG* gerechtfertigt. Das Arbeitsgericht hat der Klägerin eine Entschädigung i.H.v. 1.957,73 Euro zugesprochen. Das Landesarbeitsgericht hat die Klage insgesamt abgewiesen

Die Revision der Klägerin hatte vor dem Achten Senat des Bundesarbeitsgerichts teilweise Erfolg. Der Beklagte ist verpflichtet, an die Klägerin eine Entschädigung i.H.v. 3.915,46 Euro zu zahlen.

Der Beklagte hat die Klägerin wegen der Religion benachteiligt. Diese Benachteiligung war nicht nach § 9 Abs. 1 AGG ausnahmsweise gerechtfertigt. Eine Rechtfertigung der Benachteiligung nach § 9 Abs. 1 Alt. 1 AGG scheidet aus. § 9 Abs. 1 Alt. 1 AGG ist einer unionsrechtskonformen Auslegung im Einklang mit Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 2000/78/EG** nicht zugänglich und muss deshalb unangewendet bleiben. Die Voraussetzungen für eine Rechtfertigung nach § 9 Abs. 1 Alt. 2 AGG liegen nicht vor. Nach § 9 Abs. 1 Alt. 2 AGG (in unionsrechtskonformer Auslegung) ist eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion nur zulässig, wenn die Religion nach der Art der Tätigkeiten oder den Umständen ihrer Ausübung eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung angesichts des Ethos der Religionsgemeinschaft bzw. Einrichtung darstellt. Vorliegend bestehen erhebliche Zweifel an der Wesentlichkeit der beruflichen Anforderung. Jedenfalls ist die berufliche Anforderung nicht gerechtfertigt, weil im konkreten Fall keine wahrscheinliche und erhebliche Gefahr bestand, dass das Ethos des Beklagten beeinträchtigt würde. Dies folgt im Wesentlichen aus dem Umstand, dass der jeweilige Stelleninhaber/die jeweilige Stelleninhaberin – wie auch aus der Stellenausschreibung ersichtlich – in einen internen Meinungsbildungsprozess beim Beklagten eingebunden war und deshalb in Fragen, die das Ethos des Beklagten betrafen, nicht unabhängig handeln konnte. Der Höhe nach war die Entschädigung auf zwei Bruttomonatsverdienste festzusetzen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 25. Oktober 2018 - 8 AZR 501/14 - Vorinstanz: Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 28. Mai 2014 - 4 Sa 157/14, 4 Sa 238/14 -



Autoritäre Versuchungen: Spuren der Bedrohung

Wilhelm Heitmeyers fulminante Analyse über gefährliche Entwicklungstendenzen in unserer Gesellschaft
// von Peter Heim, FG Gesamtschule

Bereits 2001 warnte der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer, empirisch gestützt, vor einem „Erstarken rechtspopulistischer Kräfte“ in Deutschland.¹⁾ Sein 2018 erschienener Band „Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I“ überprüft seine damaligen Prognosen, sucht und findet Spuren der Bedrohung – und sieht sich bestätigt:

Eine neue Partei des „autoritären Nationalradikalismus“²⁾ sitzt inzwischen im Bundestag und in allen Länderparlamenten. Wilhelm Heitmeyer deutet das Aufkommen dieses nur noch an Schwarz-Weiß-Kategorien orientierten Denkens in seinem neuen Buch als Vorbote der Gewalt.³⁾

Heitmeyer zeigt die gesellschaftlichen Ursachen für diese Entwicklung über die letzten 30 Jahre auf und belegt sie empirisch. Dazu zählen „die Globalisierung und Hartz IV ebenso wie der islamistische Terror und die Flüchtlingswanderung. Das Ausdünnen sozialer Netze und ein Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung für Zurückbleibende, das habe seit den neunziger Jahren Millionen in wutgetränkte Apathie getrieben.“⁴⁾ In den ostdeutschen Bundesländern kommen dazu auch die Folgen der Abwicklung der DDR mitsamt der Abwertung der Lebensleistung der dort Lebenden durch die westlichen Eliten in Wirtschaft (Treuhand) und Politik: Verlust der Kontrolle über die eigene Biografie. Und die Folgen des Klimawandels, so ist zu befürchten, werden dieses Gefühl des Kontrollverlustes noch weiter verstärken.

Ein öffentlichkeitswirksamer Ausdruck dieser Entwicklung ist die anhaltende Verrohung der Sprache in den „sozialen Medien“, auf der Straße, aber auch bei führenden Politiker*innen, die für alle, auch für Kinder und Jugendliche, demokratische Vorbilder sein müssten. Das Bildungssystem ist weiterhin nicht in der Lage, die sozialen und psychischen Verwerfungen in der Gesellschaft auch nur annähernd aufzufangen: Trotz der Bemühungen um Inklusion sind die Bildungswege und - abschlüsse nachweislich aufgrund sozialer Herkunft meist vorgezeichnet.

Heitmeyer arbeitet sich anhand eines gut nachvollziehbaren Analyseschemas (S.21) über drei Kategorien der Strukturentwicklung (Ökonomie > Soziales > Politik) und ihrer individuellen Verarbeitung. Auf der Bewußtseinsebene deutet er sie als die zunehmende persönliche Erfahrung von ökonomischem Kontrollverlust, im Sozialen als immer mehr verbreitete Abstiegsängste und dem Gefühl der Einflusslosigkeit auf Politik.

Heitmeyers vorsichtige Prognose: „Wenn sich der autoritäre Nationalradikalismus nicht selbst (von innen) zerlegt und zugleich keine gravierenden wirtschaftspolitischen Reformen stattfinden, dann liegt die Annahme nahe, dass sich der Höhenflug autoritärer Politikangebote fortsetzen wird.“, und sie damit „zu einer Gefahr für die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie werden“ (S.11).

Es gebe, schreibt er, einen „Mythos vom Verschwinden des Autoritären“. Wenn es einmal da ist, sei es nicht mit dem Abtreten einer Bundeskanzlerin oder schärferen Grenzkontrollen getan. Duster schreibt er von einem „Eskalationskontinuum“. Weder der globale Kapitalismus und die kulturellen Konflikte noch die demographischen Veränderungen seien aufzuhalten.

„All diese Faktoren sind auf Dauer geschaltet und lassen sich mit dem konventionellen Werkzeugkasten demokratischer Politik – im Wesentlichen Gesetze, Geld und Appelle – nicht kurzfristig verändern.“

Fazit: Das Buch ist stark durch seinen breiten analytischen Ansatz, die empirischen Begründung seiner Aussagen mit zahlreichen aktuellen Diagrammen und Tabellen und durch das 20 (!) Seiten starke Literaturverzeichnis. Es ist in seiner Verbindung der genannten drei Strukturebenen: Ökonomie, Sozialwissenschaften und Politik sehr gut geeignet für einen aktuellen Unterricht und zur Erstellung von Arbeitsmaterial in Kursen der Oberstufe. Dazu kommt eine gute Lesbarkeit in einer für einen Soziologen verständlichen Sprache.

Über den Autor: Wilhelm Heitmeyer, geboren 1945, war von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und arbeitet dort jetzt als Forschungsprofessor. In der edition suhrkamp gab er u. a. die Reihe Deutsche Zustände heraus.

Wilhelm Heitmeyer: „Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I“, Frankfurt 2018 edition Suhrkamp, 394 Seiten, 18 Euro.

¹⁾ Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In: D.Loch/Heitmeyer, W. (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung Frankfurt 2001, S. 497-534

²⁾ S.231 ff.

³⁾ ⁴⁾ https://www.deutschlandfunk.de/wilhelm-heimmeyer-autoritaere-versuchungen.1310.de.html?dram:article_id=430995.

Einladung zum Besuch in Rhöndorf Museum, Haus und Garten von Konrad Adenauer

Am Mittwoch,
dem 24. April 2019

Treffpunkt 11.00 Uhr

im Museum Konrad-Adenauer-Straße
17 in Bad Honnef- Ortsteil Rhöndorf
Kostenbeitrag: 5 €

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Köln Hbf. 10.03 Uhr an Rhöndorf
10.45 Uhr

8 minütiger Fußweg zum Museum.

Anfahrt mit dem Auto über die A 59/
B42 Richtung Königswinter/Bad Honnef.

PKW-Parkplatz in der Rhöndorfer Straße 30, direkt neben der Feuerwache. Für eine maximale Parkdauer von drei Stunden ist zunächst ein Parkschein zu lösen. Den Quittungsabschnitt bitte nach Besuch des Adenauerhauses am Informationsschalter abgeben; Sie erhalten dann eine Wertmarke, deren Einwurf am Automaten die Parkgebühr erstattet.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Tel.: 0221-516267 - Email: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden. Teilen Sie bei der Anmeldung mit, ob Sie mit der Bahn anreisen und das Schöner-Tag -Ticket mitbenutzen wollen. Treffpunkt ist dann 9.45 Uhr am Infostand im Kölner Hbf.

Von Beginen und Bayen-Amazonen

Das Severinsviertel hat sich im Laufe der Jahrhunderte drastisch verändert. Heute ist es wieder da, wo es schon vor Jahrhunderten war: beim Wein – damals in Reben, heute in Flaschen. // **Helga Löbber, Aktive Ruheständlerin**

Unmittelbar an der Severinsstraße gab es zwar Besiedelung, ansonsten aber nur Weinbau bis zur Stadtmauer. Einer hat in diesen Tagen wieder mit Reben begonnen, aber diese Trauben wachsen von außen an der Stadtmauer.

Das Gebiet innerhalb der Mauern war ideal für die Industrialisierung. Man musste keine Häuser plattmachen und Leute enteignen, nur der Wein, der ohnehin nicht der edelste Tropfen war, musste den Manufakturen weichen. Da die Arbeiter*innen im Umfeld ihrer Fabriken wohnten, entwickelte sich das Severinsviertel für sie zum Arbeits- und Wohnviertel; ein Prozess, der sich später in Mülheim und Kalk fortsetzen sollte.

Manufakturen als französischer Import

Die Manufakturen hielten ihren Einzug in die Stadt mit Napoleon. Köln hatte viele Kirchen, in denen man nach der Säkularisierung viele Arbeiter*innen mit Webstühlen und anderen Handwerken unterbringen konnte. Hier arbeiteten wesentlich mehr Leute zusammen als bei den Beginen, die ihren Lebensunterhalt anfangs auch im textilen Bereich verdienten. 1230 gab es die erste Eintragung eines Konvents im Liegenschaftsamt. 12 Personen in Anlehnung an die 12 Aposteln bildeten eine Wohngemeinschaft, meist junge Frauen und Witwen. Sie lebten religiös und keusch, waren aber keine Nonnen und konnten auch jederzeit diese Gemeinschaft verlassen.

Eine der ersten großen Manufakturen leitete die Zunftmeister-Seilertochter Christiane Felten.

Gegen den Willen ihres Zunftmeistervaters hatte sie den Chemiker F.K. Guillaume geheiratet, eine Verbindung, die sich als außerordentlich gewinnträchtig für die Firma Felten, später als F&G bekannt, erwies. Sie setzten die ersten Dampfmaschinen ein und mit Hilfe der Arbeiter*innen und ihrer Familien, vom Kind bis zum Opa, erwarben sie ihren Reichtum. Die Arbeiter*innen hatten kaum Rechte und miserable Lebensbedingungen.

Beginen fokussieren sich auf das Soziale – erster Kölner Streik 1869

Die Beginen wurden zunehmend im sozialen Bereich tätig. Sie gründeten das Sophien-Convent, ein Haus für „hülflöse Frauen“. Der Seilerei folgten Textilfabriken und der Kamelle-Fabrikant Stollwerck. In diesen Fabriken arbeiteten überwiegend Frauen – 11 Stunden am Tag zu Hungerlöhnen.

1869 gab es den ersten Kölner Streik. Die Mädchen wurden entlassen. Mutig setzten sie sich weiterhin zur Wehr, unterstützt von einer Rechtsberatung für Frauen. Als Bayen-Amazonen gingen sie in die Geschichte ein.

Wir haben bei unserem Rundgang eine Menge über die Industrialisierung im Severinsviertel erfahren, dabei kamen die Bayen-Amazonen und Beginen für mich etwas zu kurz. Vielleicht sollte man noch die Beginen, die in Widdersdorf in einem Konvent leben, besuchen oder das Beginenfenster in der Nähe des Heumarktes.

Spaziergang mit Führung zur Zeit der Rhododendronblüte durch den Forstbotanischer Garten und Friedenswald

Schillingsrotter Straße 100
50996 Köln

am 8. Mai 2019

Treffpunkt 10.45 Uhr am Eingang

Kostenbeitrag 5 €

Mit Bus und Bahn:

Stadtbahn-Linie 16, Haltestelle Rodenkirchen Bahnhof oder Siegstraße (bis zum Eingang Forstbotanischer Garten circa 800 Meter Fußweg)

Bus-Linie 131, Haltestelle Konrad-Adenauer Straße

Bus-Linie 135, Haltestelle Schillingsrotter Straße

Mit dem PKW:

Von der Militärringstraße, Ausschilderung „Forstbotanischer Garten“ und der Straße „Zum Forstbotanischen Garten“ bis zum Parkplatz folgen. Vom Parkplatz sind es noch circa 400 Meter Fußweg bis zum Eingang.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Tel.: 0221-516267 - Email: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Hexenverfolgung in Köln

Köln hat auch dunkle Seiten, denen wir uns bei einer Führung mit der Kunsthistorikerin Ursula Mattelé widmen wollen.

Dienstag, 18.06.2019, 11.00 Uhr

Treffpunkt: vor St. Andreas, Komödienstr. 4-6

Bitte in der GEW-Geschäftsstelle anmelden. Sollte man nicht teilnehmen können, bitte dort auch wieder abmelden.

Die Führung kostet 10 Euro.



EINLADUNG ZUR MITGLIEDER- VERSAMMLUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der nächste Gewerkschaftstag der GEW NRW findet vom 23. - 25. Mai 2019 in Essen statt. Dies ist der sog. „große“ Gewerkschaftstag, bei dem auch ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

Zur Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag laden wir alle Kölner Mitglieder, und insbesondere alle Delegierten und Gastdelegierten, zur MV ein am

Mittwoch, 20. März 2019, 18:00 Uhr

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Input von Maike Finnern, Bewerberin um die Position der GEW-Vorsitzenden NRW (sofern weitere Bewerbungen eingehen, werden wir diese Bewerber*innen auch einladen) zum Thema „Lage und Organisationsentwicklung des Landesverbandes“
2. Beratung des Antragspakets zum NRW-Gewerkschaftstag 2019 evtl. Änderungs-/Ergänzungsanträge
3. Anträge zur Wahlordnung des Stadtverbands
4. Vorstellen und Verabschieden des Haushalts 2019
5. Sonstige Anträge und Verschiedenes

Die Antragsfrist für die MV endet am 13. März 2019, eingehend in der Geschäftsstelle.

Mit kollegialen Grüßen

Geschäftsführender Vorstand
der GEW Stadtverband Köln